

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung. [2. Kammer]. 1909-1918 1917

16 (19.6.1917)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

Nr. 16.

Karlsruhe, den 19. Juni

1917.

== Zweite Kammer. ==

12. öffentliche Sitzung

am Freitag, den 8. Juni 1917.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr. (Druck. Nr. 2), Berichterstatter Abg. Kopf.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Dr. Freiherr von Dusch, Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman, Minister der Finanzen Dr. Rheinboldt, Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Süßich und Geh. Oberfinanzrat Moser.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung gegen ¼4 Uhr und gibt den Eingang eines Schreibens des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen mit einem Abdruck von Nr. 6 der Zeitschrift des Verbandes bekannt, worin dessen Stellungnahme zur Wahlrechtsreform dargestellt wird.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Fortsetzung der allgemeinen Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betreffend, erhalten das Wort:

Ab. Rebmann (natl.):

Wir haben die Verhandlung, in der wir jetzt stehen, nicht gesucht. Wir können den Gedanken nicht als richtig anerkennen, daß jetzt im Vordergrund unseres politischen Geschehens die inneren Reformen stehen, die sich in dem Modewort „Neuorientierung“ zusammenfassen.

Wir sind der Meinung, daß jetzt das eine große Ziel ist, daß wir den Krieg gewinnen, und daß dieses Ziel alles in den Hintergrund schiebt, nicht bloß um der Größe des Zieles willen, sondern auch deswegen, weil alles, Großes und Kleines, in der Zukunft von der Ausgestaltung des Friedens abhängt und wir mit allen Plänen, die wir dorthin machen, im Dunkeln tappen. Wir wollen aber dieser Verhandlung nicht ausweichen, wir haben dazu keinen Grund.

Die große Hoffnung auf einen baldigen Frieden teilen wir alle aus innerstem Herzensbedürfnis heraus. Aber der Meinung, daß aus diesem Frieden ein ewiger Völkfrieden werden könne, können wir nicht beitreten, sondern wir sind der Meinung, daß das erste, was wir nach Friedensschluß tun und tun müssen, mit Notwendigkeit ist, daß wir uns rüsten nach außen und nach innen, daß wir für den künftigen Kampf und Streit — es braucht ja noch kein Krieg zu sein — alle Kräfte zusammenzunehmen haben.

Wenn nun gesagt worden ist, wir bedürfen eines gründlichen Neuaufbaues, weil alle Grundlagen des bisherigen Staatslebens sich verschoben hätten, so sind wir auch damit nicht einverstanden, sondern wir meinen, daß wir die Zusammenhänge mit unserer Geschichte zu wahren und zu pflegen haben, daß wir allerdings sorgfältig zu prüfen haben, wo Fäden aus der Vergangenheit abgerissen sind, daß wir aber diejenigen, die noch da sind, sorgsam und pfleglich zu behandeln haben. Die Besprechung ist von dem Wunsch ausgegangen, daß unserem Volk ein Ausblick auf eine bessere politische Zukunft gegeben wird. Das ist ganz unser aller Wunsch. Ich meine aber, daß es ein Widersinn ist, dann die Grundlage zu einer derartigen Reform nicht schaffen zu wollen. Die Grundlage dafür ist aber nach meiner Meinung ein guter Friede. Ein schlechter Friede — und ein solcher Friede ist mir einer ohne Landgewinn und ohne Kriegsentschädigung — schafft nach meiner Meinung und auch nach vieler anderer Überzeugung eine solche Summe von

Verelendung, und nicht zum allerwenigsten unter den arbeitenden Ständen des Volkes, daß diese Verelendung niemals der Boden gesunder Reformtätigkeit sein kann, sondern der Boden sein wird für ganz andere Bewegungen, die alle gegründet sind auf den Hunger der breiten Masse. Also bleibt für uns die Forderung nach einem guten deutschen Frieden alleroberste. Den einen großen politischen Gewinn wollen wir aber, hoffentlich noch mehr, als es bisher geschehen ist, einheimen. Das ist der Zusammenschluß des deutschen Volkes, der am 4. August 1914 in Berlin im Reichstag erfolgt ist. Es ist uns hier ein ganz besonderer Stolz, daß wir haben mithelfen dürfen an dem Aufbau der Gedanken, die dort lebendig geworden sind und sich in die Tat umgesetzt haben. Ich habe schon in der Kommission unserer Trauer darüber Ausdruck gegeben, daß der eine, der in vorderster Linie in der deutschen Sozialdemokratie dafür gekämpft hat, Ludwig Frank, heute nicht mehr unter uns ist. Diese Trauer verschärft sich bei dem Blick auf gar manches, was heute im Deutschen Reich geschieht und was uns das Herz schwer macht. Ich habe die volle Überzeugung, daß Ludwig Frank der Mann gewesen wäre, der an den Gedanken des 4. August, so wie er sie vorbereitet hat, auch bei ihrer Durchführung mitgeholfen und die deutsche Sozialdemokratie auf der Bahn gehalten hätte, in die er geholfen hat, sie in jener Zeit hineinzuleiten.

Wenn nun als Mittel oder als Grundgedanke des künftigen Aufbaues unserer politischen Verhältnisse empfohlen worden ist, eine Demokratisierung des ganzen politischen Lebens, so ist in der letzten Sitzung darauf hingewiesen worden, daß es uns dafür an Mustern fehlt. Auch eine von den Errungenschaften der letzten Zeit ist doch, daß wir hierüber klar geworden sind. Auch der Redner der Sozialdemokratie hat die Westdemokratien als Scheindemokratien bezeichnet; er hat für die wahre Demokratie, der wir entgegengehen sollen, ein Muster nicht gewußt. Das Muster der Schweiz kann für uns ja nicht gelten. Was in einem kleinen Gemeinwesen möglich ist, wird zum Widersinn, angewandt auf einen großen Staat.

Dafür aber sind wir, daß die nächste Zeit ausgefüllt sein muß mit politischen Reformen, und zwar diese politischen Reformen nicht gedacht als Belohnungen für das, was das deutsche Volk getan hat, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß die künftige Zeit an uns ganz andere Anforderungen stellen wird; denen werden wir nur gewachsen sein, wenn wir die gesamte Kraft des ganzen Volkes in des Reiches Dienst stellen können. Ein wesentlicher Teil dieser Kraft besteht aber in der Zufriedenheit, auch in der politischen Zufriedenheit des Volkes. Wir fordern daher, daß das Volk in höherem Maße als bisher zur Leitung seiner Geschicke berufen wird. Das Muster dafür oder wenigstens die Möglichkeit eines Weges ist angedeutet in den Arbeiten des Verfassungsausschusses des deutschen Reichstags, an denen auch meine Partei sich beteiligt hat in einer Weise, die, wenn sie auch nicht alle befriedigt, doch zeigt, daß in diesen Kreisen der ernsthafte Wille vorhanden ist, zu einem vernünftigen Fortschritt zu kommen. Das ist in kurzem unser Standpunkt zu diesen Fragen im allgemeinen.

Ich möchte nun gleich zu demjenigen übergehen, was im einzelnen zu sagen ist. Als hauptsächlichste Heilmittel für die finanziellen Nöte, in die das Reich hineinkommt, ist angegeben worden, daß man zu einer Vermögenskon-

fiskation schreiten müsse, d. h. daß ein Teil des Privatkapitals in Staatsbesitz umgewandelt wird. Wir lehnen den Gedanken ab aus inneren Gründen, aber auch deswegen, weil uns mit keinem Wort verraten worden ist, wie die technischen Schwierigkeiten zu bewältigen sein werden, die bei der Ausführung zutage treten. Dagegen sind wir der Meinung, daß wir über die schweren finanziellen Nöte, die nach dem Kriege auftauchen werden, mit dem ernsthaften Willen hinwegkommen können. Zunächst soll uns helfen eine recht kräftige Kriegsschädigung; zum andern haben wir diejenigen großen Einnahmen auszubauen, die schon in die Wege geleitet sind, oder für welche schon die Anfänge vorhanden sind: ich rechne dazu den Aufkauf der preussischen Privatbahnen durch den Staat, wodurch also das gesamte Verkehrsweisen in die Hände des Staates gelangt; ich rechne ferner dazu den Ankauf der Bergwerksaktien, insbesondere von Kohlenaktien durch den preussischen Staat, als Anfang einer Verstaatlichung der Kohlenenerzeugung; ich rechne dazu auch die Schritte, die der badische Staat in seinem Wassergesetz getan hat, das vor wenigen Jahren verabschiedet worden ist, und ich rechne dazu die Schritte, die er getan hat zur Elektrifizierung des Landes. Wenn man hier folgerichtig weiterbaut, so kommt man dahin, daß der Staat letzten Endes Herr der Kohlen, Herr der Wasserkraften sein wird, daß er also Herr ist über die Kräfte, welche die Industrie zur Erzeugung ihrer Produkte braucht. Das ist ein gewaltiges Gebiet, aus dem der Staat einen wesentlichen Teil derjenigen Mittel gewinnen kann, die er braucht. Selbstverständlich gehört dazu ein guter Ausbau des Steuerwesens, und ich mache bei dieser Gelegenheit gar kein Hehl daraus, daß wir gegen die Kriegsgewinnsteuer in der Form, wie sie jetzt Gesetz geworden ist, Bedenken haben, insbesondere auch dahin, daß die hohen und höchsten Kriegsgewinne noch nicht in der erforderlichen und möglichen Höhe erfaßt sind. Dazu kommt dann noch der weitere Ausbau von Monopolen, und zwar Handels- und Wirtschaftsmonopolen. Das sind Dinge, die mit Naturnotwendigkeit an uns herantreten werden. Auf Einzelnes kann ich mich jetzt nicht einlassen.

Danebenher läuft eine Reihe von einzelnen Aufgaben, die zum Teil auch den Einzelstaat treffen, wie die Aufgabe der inneren Kolonisation. Wir haben über die Verwertung von Ödländereien und dergleichen bei der Ernährungsdebatte schon gesprochen, und wir können hier nur erklären, daß wir hier bereit sind, willig mitzuarbeiten.

Vor wenigen Tagen erst hat der Herr Finanzminister uns mitgeteilt, was zwischen den Eisenbahnstaatsverwaltungen über die Erhöhung der Eisenbahntarife vereinbart worden ist, zunächst der Perionenttarife und über die Erhöhung der Fahrkartensteuer. Es hat sich kaum eine Stimme dagegen erhoben; die Begründung ist ja zu zwingend, und der Gedanke, daß den erhöhten Materialpreisen, den erhöhten Löhnen gegenüber ein Ausgleich zu schaffen ist, hat einen Widerspruch kaum erfahren. Dagegen war man nicht damit einverstanden, daß diese schwere Vertenerung des Verkehrs mit einer Verschlechterung des Verkehrs Hand in Hand gehen soll, wie er durch die Einführung der 4. Wagenklasse eintritt.

Ferner sind wir mit dem Gedanken, den auch der Herr Finanzminister in seinem einleitenden Vortrag ausgesprochen hat, einverstanden, daß unsere Staatswerke finanzpolitisch ausgenutzt werden sollen, d. h.,

daß wir den Versuch machen sollen, die Erträgnisse der Eisenbahn und des Murgwerks auch für die Staatskasse nutzbar zu machen. Der gegenwärtige Augenblick ist ja nicht ganz geeignet, hinsichtlich der Erträgnisse aus den Eisenbahnen großen Hoffnungen Raum zu geben, der Augenblick, in dem die Selbstkosten so hoch gestiegen sind, daß die gesamte Erhöhung der Tarife nicht genügt, um sie zu decken. Das wird also schon in eine spätere Zukunft hinausgreifen. Dagegen wird man diesen Gedanken wohl verwirklichen können, wenn man an den weiteren Ausbau des Murgwerks und insbesondere an den finanziellen Ausbau des Murgwerks geht. Auch der Meinung sind wir, daß es Aufgabe des Staates ist, das Kleinbahnwesen nach und nach in die Hand zu bekommen. Ich erinnere mich noch gerne daran, daß, als die letzte Privatbahn, die von Rehl nach Rastatt, hier genehmigt wurde, ich mit einem Teil meiner Freude dagegen gestimmt und damals schon die Meinung vertreten habe, daß diese Aufgaben nicht der Privatwirtschaft überlassen bleiben dürfen, sondern daß das eine Staatsaufgabe sei.

In dieselbe Linie hinein gehören die Gedanken über die Vereinfachung der Staatsverwaltung. Darüber haben wir Allgemeines und Besonderes reichlich gehört, nur scheint mir der jetzige Augenblick nicht besonders glücklich, um sich darüber die Köpfe zu zerbrechen. Der Krieg hat uns in Staat und Gemeinde ein außerordentliches Anschwellen der Aufgaben und infolge davon ein außerordentliches Anschwellen des Personals gebracht. Wir wissen heute noch nicht, wieviele von diesen Kriegsaufgaben zu bleibenden Aufgaben werden, wie weit wir also mit der automatischen Vermehrung der Zahl der Beamten zu rechnen haben. Wir werden aber alle Schritte gerne prüfen, die zu einer Einschränkung auf diesem Gebiet führen. Nun haben wir noch in der letzten Sitzung Bedenken dahin gehört, ob der Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung geeignet sein werde, bei einer Vereinfachung der Staatsverwaltung mitzuhelfen, da die einzelnen Abgeordneten infolge der engen Verbindung zu ihren Bezirken wohl kaum geneigt sein werden, der Aufhebung von Stellen zuzustimmen, die in ihrem Bezirk liegen. Ich meine, die Großh. Regierung würde hier mit einem auf dem Wege der Verhältniswahl gewählten Landtag leichtere Arbeit haben, als mit einem Landtag in der jetzigen Zusammensetzung, bei dem jeder Abgeordnete eng mit den Verhältnissen seines Bezirks verwachsen ist.

Nun sind eine Reihe von Forderungen aufgestellt worden, die unser Land angehen, und zwar zunächst die Abschaffung aller Adelsprivilegien, und die Abschaffung der Ersten Kammer. An diese Dinge gehen wir mit kühler sachlicher Prüfung heran, wollen aber den Gedanken nicht außer Augen lassen, daß wir auch hier historisch gewordene Beziehungen nicht zerstören wollen, so lange sie für das Ganze unschädlich sind, und das gilt für uns auch für die Erste Kammer im allgemeinen. Insbesondere aber meinen wir auch, daß es ein durchaus demokratischer Gedanke ist, daß man allen Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit verschafft, in der Volksvertretung tätig zu sein. Nun sind bei uns die Verhältnisse so geworden, und sie werden so mit zwingender Notwendigkeit, je kleiner der Vertretungskörper ist, daß wesentliche Teile unserer Bevölkerung keine Aussicht mehr haben, hier im Landtag zu Gehör zu kommen, Bevölkerungsteile, von denen wir aber doch dringend wünschen müssen, daß sie in der Volksvertretung zu Worte kommen. Das sind die Gelehrten, die

Künstler, die Pioniere des Wirtschaftslebens — zu diesen Pionieren des Wirtschaftslebens rechne ich auch einen ganz gehörigen Einschub von Arbeitern —, dann die Vertretung unserer großen Gemeinden. Das sind Persönlichkeiten und Bevölkerungsschichten, die in unserem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben eine führende Rolle einnehmen, die auch in unserem geistigen Leben so viel bedeuten, daß die Volksvertretung wesentlich ärmer wird, wenn sie vollständig auf sie verzichtet soll. Diese finden also in der Ersten Kammer ganz wohl ihren Platz. Im Ganzen darf man aber auch die Meinung aussprechen, daß sich recht wohl ein Ausgleich empfehlen wird zwischen den Massentrieben und den Ausströmungen einzelner Intelligenzen. Beides sind Kräfte, die aus dem Volke herankommen, und nur in dem Zusammenwirken beider, und wenn man beiden die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Gestaltung der öffentlichen Dinge läßt, ist eine gesunde Zukunft möglich.

Wenn wir so für die Erhaltung der Ersten Kammer eintreten, so verkennen wir aber gar nicht, daß an der Ersten Kammer allerlei reformbedürftig ist. So wünschen wir dringend eine genaue Prüfung des Wahlrechts des Grundadels, damit auch die letzten Reste von dem verschwinden, was man doch nicht mehr als zeitgemäß empfinden und ertragen kann.

Zum Zweiten ist gefordert worden eine Umgestaltung des Gemeindevahlrechts und zwar dahin, daß das Klassenwahlrecht durch das gleiche Wahlrecht ersetzt werden soll. Wenn wir hier zunächst die Gefolgschaft verlassen, so tun wir das aus dem guten Grunde, daß das Gesetz erst vor ganz wenigen Jahren geändert worden ist und zwar unter schweren Kämpfen, die schließlich unter der Zustimmung der ganzen Zweiten Kammer beendet worden sind und daß wir während dieser Zeit erst ein einziges Mal nach diesem Gesetz gewählt haben. Die Kriegszeit aber, die auch hierfür eine ernste Probe gewesen ist, hat nach meiner Meinung keine Erfahrungen dafür geliefert, daß die Mißstände und Unzulänglichkeiten, die zu Tage getreten sind, bei einer anderen Gestaltung des Gemeindevahlrechts vermieden worden wären.

Dagegen haben wir eine Erweiterung des Kreises der Wähler durch Aufnahme der selbständigen Frauen vorgeschlagen. Dafür ist eine Änderung der Grundlagen des Gesetzes nicht notwendig. Diejenigen Kreise der Frauen, an die wir denken, fügen sich ohne weiteres in das Gesetz ein. Das ist ein Fortschritt, der ohne große Kämpfe zu haben sein wird. Der Herr Abg. Kolb hat ja einen wesentlichen Teil seiner Kraft daran gewandt, seinen Freunden gegenüber immer und immer wieder zu raten, auf den Boden der praktischen Politik zu treten, Erreichbares zu erstreben und Erreichbares auch dann zu nehmen, wenn es nicht der volle Erfolg ist, den man im Auge hat. Ich möchte ihm nahelegen, auch an dieser Stelle diesen Gedanken zu pflegen. Wir haben in erster Linie an die Kriegerfrauen gedacht, dann aber auch an die große Zahl von Frauen, die schon früher und jetzt neuerdings selbständig geworden sind. Hier stehen wir Verhältnissen gegenüber, die nicht neu sind, die aber dadurch eine Verschärfung erfahren haben, daß die Zahl der selbständigen Frauen durch den Krieg wesentlich erhöht worden ist und auch für lange Zeit erhöht bleiben wird. Nun ist gerade von denjenigen Herren, die die Sache abgelehnt haben, auch vom Herrn Minister mit hohen Tönen das Lob der Frauen gesungen worden, insbesondere auch für das, was sie in diesem Krieg geleistet haben. Ich habe nur die folgerichtige Fortsetzung davon

vermisst. Die tatsächliche Fortsetzung war das Nein gegenüber unserem Vorschlag. Man hätte aber erwarten dürfen, daß die Art und Weise, wie sich die Frauen in diesem Kriege bewährt haben, in ihrer Berufsarbeit und in jeder Art von freiwilliger Tätigkeit, eher zu einer Zustimmung, als einer Ablehnung unseres Gedankens hätte führen sollen.

Für reformbedürftig halten wir auch die Städteordnung und zwar deswegen, weil die Städte über die Städteordnung hinausgewachsen sind. Die Zeit, in der die Städteordnung geschaffen worden ist, hat noch unter einfachen Verhältnissen gelebt. Heute ist dieses Kleid an allen Ecken und Enden zu kurz geworden, und die Verhältnisse auf unseren Rathhäusern drängen zu einer anderen Ordnung der Dinge. Der Stadtrat, der ursprünglich als das vollziehende Organ des Willens der Bürgerschaft anzusehen war, hat diese Rolle schon lange nicht mehr und kann sie nicht mehr haben, weil er der ungeheueren Fülle von Aufgaben und Geschäften hilflos gegenübersteht. Darum hat sich, soweit ich das überschauen kann, allenthalben ein ungesundes Verhältnis zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat herausgebildet. Ich meine nicht, ein ungesundes Verhältnis in der Art und Weise, daß es zu Konflikten geführt hätte, aber ungesund in der Art, daß der Stadtrat die Geschäfte, die ihm und ebenso auch dem Bürgerausschuß vom Gesetze überwiesen sind, nicht mehr in der Art und in dem Umfang besorgen kann, wie das Gesetz dies ursprünglich gedacht hat. Ich glaube aber kaum, daß der jetzige Augenblick für die Ausführung dieses Gedankens geeignet ist. Man muß abwarten, wieviel von der Kriegswirtschaft noch im Frieden an der städtischen Wirtschaft hängen bleiben wird.

Noch an einer anderen Stelle ist eine Besserung erwünscht. Es ist nicht etwas, was der Krieg erst geschaffen hat, sondern was sich schon längere Zeit her vorbereitet hat: die Unklarheit in der Abgrenzung der Aufgaben von Staat und Gemeinde. Anlaß dazu gibt die Tatsache, daß vielfach die staatlichen Behörden, also vorab das Bezirksamt, die Gemeinden als ausführende Organe benützt, auch in solchen Fällen, wo man zweifelhaft sein kann, ob es sich um eine Staats- oder Gemeindeaufgabe handelt, aber auch bei solchen Aufgaben, wo zweifellos Staatsaufgaben in Frage stehen. Hier wäre eine reinlichere Sonderung zu wünschen. Ob das auf dem Wege des Gesetzes zu machen ist, kann ich im Augenblick nicht sagen. Aber es wird vielleicht eine Weisung an manche Bezirksämter erwünscht sein, daß Geschäfte, die das Bezirksamt als solches erledigen kann, auch von den Bezirksämtern erledigt werden, ohne daß erst der Umweg über die Gemeinde gesucht wird.

Eine weitere Frage ist die der Verhältniswahl. Ich habe dazu nichts Neues zu sagen und werde mich deshalb auf eine Erörterung der Gründe für und gegen nicht einlassen. Ich kann nur sagen, daß nichts geschehen ist, seit wir im letzten Landtag darüber verhandelt haben, was uns zu irgend einer Änderung unseres Standpunktes bewegen könnte; nur eine Kleinigkeit möchte ich nachfügen. Der Herr Staatsminister hat in der letzten Sitzung sehr lebhaft den Standpunkt vertreten, der heute auch schon eine Rolle gespielt hat, daß es überaus wünschenswert sei, daß der Abgeordnete enge Fühlung mit seinem Bezirke habe. Nun möchte ich den Herrn Staatsminister bitten, daß er einmal einen Blick auf die Zusammensetzung der Zentrumsfraktion wirft, die in der Frage der Verhältniswahl auf demselben Boden steht wie er. Er möge einmal die führenden Herren darin über-

blicken, und er wird finden, daß kaum einer der Herren in seinem Wahlkreis beheimatet ist. In der Zentrumsfraktion ist also das schon durchgeführt, was wir zu erreichen wünschen, daß sie diejenigen Kräfte, die ihr tauglich und wünschenswert erscheinen, in das Parlament hineinbringt. Das wollen wir aber auch und dafür scheint uns das richtige Mittel das der Verhältniswahl zu sein.

Über die Kreisverfassung brauche ich hier auch nicht weiter zu sprechen. Wir haben uns schon vor längerer Zeit damit einverstanden erklärt, daß die wünschenswerte Reform dadurch geschaffen wird, daß man die Wahlen in die Gemeinden verlegt.

Nun habe ich noch einen Wunsch an den Herrn Justizminister. Wir haben bei der Ernährungsverhandlung schon über den Wucher und die Mittel zur Bekämpfung des Wuchers verhandelt. Ich habe damals den Wunsch ausgesprochen, daß die Gerichte härter zugreifen und daß auch das geltende Recht die Folgen aus den heutigen Verhältnissen ziehen möge. Heute möchte ich noch einen weiteren Wunsch hinzufügen. Aus den Mitteilungen des Ministeriums des Innern haben wir ersehen, daß das Landespreisamt hier kräftig eingegriffen und eine Anzahl von Wucherfällen zur Bestrafung gebracht hat. Der Herr Justizminister hat mitgeteilt, daß die Gerichte in derselben Richtung tätig gewesen sind. Den Wucher aber — und ich meine, diese Ansicht entspricht allgemeinem Empfinden — kann man in der heutigen Zeit nicht scharf genug treffen (Sehr richtig!). Ein Mittel dazu wäre, daß man die Namen der Wucherer, die gerichtlich bestraft worden sind, veröffentlicht (Sehr gut!). Der Herr Justizminister hat uns mitgeteilt, daß ein Herr in Mannheim um 100 000 M. gestraft worden ist. Es wäre doch eine ganz andere Strafe, wenn er gesagt hätte, der Herr Raier oder der Herr Müller ist um 100 000 M. gestraft worden und wenn regelmäßig diese Vampyre am Körper des deutschen Volkes mit ihrem Namen und guten Ruf vor aller Öffentlichkeit gebrandmarkt würden (Sehr gut!).

Sinsichtlich der kirchenpolitischen Fragen habe ich heute nur dasjenige zu wiederholen, was schon im letzten Landtag von uns im Haushaltsauschuß erklärt worden ist. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist Reichssache. Wir sind der Meinung, daß mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes automatisch die Landesgesetzgebung wieder in Kraft tritt.

Wir haben dann weiter erklärt, daß wir gegen die Einführung von Männerorden einen Widerspruch nicht erheben werden. Wir sind dazu gekommen, einmal aus dem großen Friedensbedürfnis des deutschen Volkes heraus — die kommende Zeit kann inneren Streit schwer ertragen; man soll deshalb aus dem Wege räumen, was aus dem Wege geräumt werden kann (Beifall im Zentrum) — zum anderen aber leitet uns die Tatsache, daß der katholische Volksteil in diesem Kriege mit restloser Hingebung, zum Teil unter der Führung seines Klerus, seine ganze Kraft in den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt hat und daß wir deswegen glauben, daß ihm ein Wunsch, der ihm so sehr am Herzen liegt, wohl erfüllt werden darf. Nicht verhehlen darf ich, daß im evangelischen Volksteil sowohl des Reichs, als auch Badens, lebhafteste Besorgnisse über die Erhaltung des konfessionellen Friedens laut geworden sind. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Besorgnisse unnützlich sind, aber dabei gleichzeitig versichern, daß wir den Gang der Entwicklung auf das schärfste verfolgen und sofort wieder eingreifen werden, sobald uns irgend eine Be-

drohung des konfessionellen Friedens bevorzustehen scheint.

Im ganzen möchte ich noch ein Wort sagen zu dieser Zeit, die hinter uns liegt, und den Kämpfen, die sie erfüllt haben, den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche, die man mit dem Schlagwort *Kulturkampf* bezeichnet. Ich meine, der gegenwärtige Krieg hat in der Geschlossenheit unseres Volkes den Beweis geliefert, daß die Abgrenzung der Machtbereiche zwischen Staat und Kirche, die in jener Zeit vorgenommen worden ist, sich bewährt hat, und zwar so, daß wir in dieser ganzen schweren Zeit irgendwelche Störungen nicht erlebt und das ganze Volk, den katholischen und den evangelischen Religionsteil, in der gleichen Geschlossenheit und Einigkeit dem äußeren Feinde gegenüber gesehen haben. Ich darf auch noch ein Wort des Dankes sagen für die Männer auf unserer Seite, die in jener Zeit die Kämpfe geführt haben. Das Wort *Kulturkämpfer* ist ja in manchen Kreisen zu einem schweren Schimpfwort geworden, und man hat damit sagen wollen, daß sie nichts anderes als Friedensstörer gewesen seien. Ich bin stolz darauf, daß unsere besten Männer und unsere besten Kräfte diesen Kampf gekämpft haben. Zu verstehen und zu beurteilen ist er nur aus seiner Zeit heraus. Jene Zeit hat aber diese Auseinandersetzungen notwendig gemacht, und der wohlthätigen Früchte dieser Auseinandersetzungen und Abgrenzungen haben wir uns heute zu erfreuen. Die Sorge für die Zukunft wird mir aber wesentlich dadurch gemildert, daß im ganzen Deutschen Reich durch die Ereignisse des Krieges das Staatsgefühl und das Staatsempfinden eine außerordentliche Schärfung erfahren hat, daß also der Staat künftigen Kämpfen der Art ganz anders in sich gefestigt entgegengehen kann, daß er aus dieser Festigkeit und Kräftigung auch den Kirchen gegenüber eine andere Stellung hat, als vor einem Menschenalter, wo er selbst erst noch in der Bildung begriffen war. So dürfen wir auch etwaigen Bewegungen auf diesem Gebiete in der Zukunft mit größerer Beruhigung entgegensehen.

In Aussicht gestellt ist uns auch eine Änderung des *Stiftungsgesetzes*. Auch das *Stiftungsgesetz* betrachten wir in seinem Ganzen und in seinem Grundgedanken als ein durchaus nützlich und notwendiges Gesetz. Die Änderungen, die uns vorgeschlagen werden, werden wir mit allem Wohlwollen prüfen, aber auch mit aller Schärfe dahin, ob sie die Grundlagen des ganzen Gesetzes unangetastet lassen.

Ganz anders stellen wir uns dagegen zu der Erklärung des Herrn Unterrichtsministers, daß er für seine Person den § 137 des *Schulgesetzes* für entbehrlich hält. Ich will mich hier auf lange Auseinandersetzungen nicht einlassen; es darf genügen, wenn ich den Grundgedanken hervorhebe: Die Aufhebung dieses Paragraphen erscheint uns als eine Antastung des Gedankens der Staatschule und der Staatschulhoheit. Die Staatschulhoheit sehen wir aber als ein Gut an, an das wir nicht tasten lassen. Wir werden deshalb jeden Versuch in dieser Richtung — und wir müssen die Aufhebung des § 137 als einen solchen Versuch ansehen — aufs schärfste bekämpfen. Für das Einzelne verweise ich auf die Verhandlungen des Landtags 1911/12 über das *Schulgesetz*. An den von uns dort vorgetragenen Gründen hat sich für uns bis heute nichts geändert.

Ich darf in diesem Zusammenhange gleich noch hinzufügen, daß damit unsere Stellung zu der Frage des *Religionsunterrichts* in der Schule nicht angetastet werden soll. Wir haben uns früher schon dafür

ausgesprochen, tun es heute und werden es auch in der Zukunft tun. Aus zwei Hauptgründen! Der eine ist der, daß wir die Religion als Quelle moralischer Kraft im Leben unseres Volkes und im Leben unserer Kinder nicht missen wollen; und der andere ist der, daß wir dem Staate das Schulhoheitsrecht nur dann zugestehen können, wenn er in vollem Umfange die daraus erwachsenden Pflichten erfüllt, wenn er also auch der Meinung des weit überwiegenden Teils der Eltern, daß der Religionsunterricht unentbehrlich sei, gerecht wird.

Und nun noch einige wenige Worte über eine Reihe von *Schulfragen*, die zwar zum Teil erst in späterer Zukunft zu erledigen sind, zum Teil aber jetzt schon in Angriff genommen werden können, oder durch die Kriegsverhältnisse verschärft worden sind. Wir haben zu allererst daran zu denken, daß wir heute noch in unserem Schulwesen vor unseren Feinden einen Vorsprung haben, daß diese aber wohl verstanden haben, welches großes Übergewicht unser Erziehungsweisen ihnen gegenüber uns gegeben hat. Sie werden zweifellos nach dem Kriege alles nachahmen, was irgendwie nachgeahmt werden kann, so daß also der Vorsprung, den wir heute noch haben, in Kürze eingeholt sein dürfte. Das gibt uns die Mahnung, rastlos weiter zu bauen und alle geistigen Kräfte von den untersten bis zu den obersten Schichten des Volkes zu heben. Heute und in der Zukunft werden Schulfragen nicht mehr Kulturfragen, sondern Lebensfragen unseres Volkes sein, und die Schulfragen, die Fragen der Bildung, werden ein wesentlicher Teil unserer Rüstung sein für den Krieg und für den Frieden.

Den Gedanken, der auch im Reichstage schon Ausdruck gefunden hat, daß ein *Reichsschulgesetz* die Ordnung der Schule in die Hand nehmen soll, lehnen wir ab (Beifall beim Zentrum). Wir würden damit für den Einzelstaat auch den letzten Rest der Existenzberechtigung preisgeben. Wir meinen auch heute noch, daß diese Aufgabe in keinen besseren Händen sein kann als in den Händen der Einzelstaaten (Sehr gut! im Zentrum). Es ist für mich ein Lobial gewesen, wenn ich in den Heeresberichten gelesen habe: In dieser oder jener Schlacht haben Regimenter aller deutscher Stämme gekämpft, aller deutscher Stämme, nicht das Regiment 123 und das Regiment 175, wie es im französischen Tagesbericht heißt. Hier unter dem Donner des Krieges haben auch die einzelnen Stämme ihre Existenzberechtigung mehr als je erwiesen (Beifall), und nicht in der Einheitlichkeit und — lassen Sie mich hier ein Fremdwort gebrauchen — in der Uniformität unseres ganzen Volkskörpers werden wir unsere Zukunft sehen, sondern in einem vernünftigen Nebeneinander und engen Zusammenschluß der Vielheit der deutschen Stämme, die nun einmal da sind und die aus ihrem Mutterboden ihre Eigentümlichkeiten und ihre beste Kraft gewinnen zum Einsatz für das Ganze (Beifall). Das ist kein Partikularismus, dem das Wort zu reden wohl die nationalliberale Partei am wenigsten in Verdacht kommen kann.

Nun hat für den Bereich des preussischen Unterrichtsministeriums eine Denkschrift neue Gesichtspunkte aufgestellt. Diese Gesichtspunkte sind nicht bloß für den besonderen Bereich, für den sie gegeben worden sind, für die *Auslandsstudien*, von Wichtigkeit, sondern sie werfen ein neues Licht auf die Ausgestaltung unseres ganzen Schulwesens. Ich möchte daher die wenigen Hauptpläne daraus mitteilen. Die Denkschrift geht aus von dem Gedanken, daß der Staat Auslandsfunde braucht für den auswärtigen Dienst, ferner gut

vorgebildete Pioniere des Deutschtums im Ausland und weltpolitisch geschulte Staatsbürger. Die Aufgabe umfaßt also nicht die einzelnen Gelehrtenkreise, sondern das ganze Volk. Das wird gefordert aus der Erwägung, daß die Erziehung der Deutschen zum Weltvolk notwendig ist, die nicht durch Konsuln und Diplomaten, sondern durch Erweiterung unserer Bildungsgelegenheiten erfolgen muß. „Denn bitter not tut uns ein staatswissenschaftliches Verstehen der Gegenwart. Denn heute hat Deutschland auch andere Aufgaben zu erfüllen, als literarisch-künstlerische Bildung zu pflegen und pflichtgetreue Staatsdiener und tapfere Soldaten zu erziehen. Unser Feld ist die Welt. Dazu muß das politische Denken geschult, der Deutsche muß politisiert werden“. So der preußische Unterrichtsminister. Damit ist die neue Aufgabe, die der deutschen Schule erwächst, vollständig gezeichnet, die Aufgabe, ein neues deutsches Volk für die neuen Ziele zu erziehen. Die Denkschrift beschäftigt sich dann im engeren mit den Auslandsstudien, die an den Hochschulen eingerichtet werden sollen; aber diese einleitenden Sätze zeigen uns, daß der neue Geist sich nicht auf die Hochschulen beschränken soll, sondern daß er unser ganzes Schulwesen und unsere ganze Jugend zu ergreifen hat. Das ist eine von den Folgerungen, die aus dem Kriege gezogen werden, eine von den Lehren, die dieser Krieg unserm Volke gibt. Man kann nur von ganzem Herzen wünschen, daß die Gedanken, die hier der preußische Unterrichtsminister ausgesprochen hat, Gemeingut unserer Schule und damit Gemeingut unseres Volkes werden mögen.

Eine ganze Reihe von Erörterungen hat sich an die Frage des Berechtigungswesens geknüpft. Ich für meine Person bin durchaus damit einverstanden, daß der Schule das Berechtigungswesen abgenommen wird, soweit es sich auf militärische Dinge bezieht, und daß das deutsche Heer sich diejenigen Elemente selbst aussucht, die es zu einer Beförderung zum Offizier für tauglich und geeignet hält; Man nimmt damit der Schule eine Last ab. Aber bei dieser Gelegenheit möchte ich wieder einmal dem üblichen Vorurteil entgegentreten, als ob diese Berechtigungsfrage nur entstanden wäre aus der Dummheit und der Eitelkeit von bestimmten Elternkreisen. Dummheit und Eitelkeit können ein Übel, das so verbreitet ist von Konstanz bis nach Königsberg und einen solchen Umfang angenommen hat, nicht hervorbringen. Man muß an die Wurzel gehen, und da ist meine Meinung: Die Überfüllung unserer höheren Lehranstalten entspringt dem Verzweigungskampf unseres Mittelstandes gegen das Versinken seiner Kinder ins Proletariat. Gehen Sie den einzelnen Fällen nach! Schauen Sie in Ihrer Umgebung sich um, und Sie werden das bestätigt finden. Mit Repressivmaßnahmen, man solle streng prüfen, richtet man einer solch großen Bewegung gegenüber nichts aus. Auch habe ich ungern in diesem Zusammenhang das Wort vom Humanitätsdusel gehört, dem man nicht nachgeben solle. Ich möchte dem Herrn, der das gesagt hat, einmal wünschen, daß er als kummerbeladener Vater vor dem Direktor sitzt und fragt: Was mache ich mit meinem Sohn? Und derlei kummerbeladene Väter gibt es zu tausenden und abertausenden; sie mit dem harten Wort Humanitätsdusel abzuspewen, das bringen Sie nicht über das Herz! Das ist eine ernsthafte, schwere Sorge, und wie schwer sie ist, erfährt nur der, der im einzelnen Fall darüber zu befinden hat. Ich meine also, das Heilmittel dagegen liegt nicht in Repressivmaßnahmen irgendwelcher Art, sondern liegt in der rich-

tigen Mittelstandspflege. Wenn wir dem Mittelstande die Möglichkeit schaffen, daß seine Kinder wieder selbständige Existenzen werden, dann wird diese Frage im selben Augenblick auch gelöst sein. Heute scheitert sie daran, daß der kleine und mittlere Beamte, der Handwerker, der Arbeiter seinem Sohn nicht das Betriebskapital mitgeben kann, das notwendig ist, damit er selbständiger Handwerker oder Kaufmann werden kann.

Im ganzen hat diese Frage aber noch ein anderes Gesicht. Wir haben dem Ausland gegenüber den ungeheuren Vorzug, daß wir ein vorzüglich geschultes technisches Personal haben von unten bis oben hinaus, vom Werkführer bis zum leitenden Ingenieur. Das ist etwas, was uns das Ausland bisher nicht hat nachmachen können, und das hat unserer Industrie den Vorsprung verschafft, den sie in der Welt gewonnen hat. Wir haben die allerdringlichste Veranlassung, daß daran sich nichts ändert, sondern daß das im Gegenteil womöglich noch besser wird. Wir müssen daher dafür sorgen, daß diese Mittelschichten von Handelsangestellten und technischen Angestellten, aber auch die Oberschichten in unserer Handels- und Industriewelt, auf ihrer bisherigen Höhe bleiben. Wer aber immer wieder über die Überfülle von hochgebildeten Kräften, von gelehrtem Proletariat, klagt, der rechnet nicht damit, daß ein ganz wesentlicher Teil der in unseren höheren Lehranstalten gebildeten jungen Leute in den Handel und die Industrie abfließt, und daß dadurch unser Handel und unsere Industrie dem Ausland überlegen geworden ist. Also lasse man das Schelten über die Überzahl von höheren Lehranstalten und jorge man dafür, daß auch in der Zukunft unser Handel und unsere Industrie die geistigen Kräfte bekommen, die sie brauchen, um sich auf der Höhe zu halten. Das ist eine von den Aufgaben, die der Staat bisher tadellos erfüllt hat. Wir wollen sie ihm nicht verleiden, sondern wollen dafür sorgen, daß sie auch in der Zukunft gelöst werden kann.

Und noch Eines: Der jetzige Krieg ist in einem ganz ungeahnten Maße der Krieg der Reserveoffiziere geworden. Man soll einmal die Regimenter anschauen, die jetzt draußen stehen! Wer führt heute die Kompagnien und die Batterien? Man soll auch in den Verlustlisten nachschauen, wie viele Reserveoffiziere gefallen sind! Dann wird man sehen, in welchem Maße wir in unserem Existenzkampf von der Zahl der Reserveoffiziere abhängen. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein.

Im übrigen soll auch hier das viel zitierte Wort von der freien Bahn dem Tüchtigen seine Anwendung finden. Das heißt, daß wir noch viel mehr als in der Vergangenheit für die Auslese der Tüchtigen sorgen. Dazu gibt uns dieser Krieg eine bittere Veranlassung. Es sind eine solche Menge von unseren besten und höchststehenden geistigen Kräften unseres Volkes dem Krieg zum Opfer gefallen, daß man nur mit der schwersten Sorge in die Zukunft sehen kann. Ich weiß wirklich nicht, wie unsere Industrie und Technik auf der Höhe bleiben soll, die eine ganz ungeheuere Zahl von jungen Technikern und Angestellten draußen auf dem Schlachtfeld gelassen hat. Deshalb wird es dringend notwendig sein, daß wir die geistigen Kräfte sammeln, wo sie sich finden. Wir gehen sonst einer Zeit der geistigen Verarmung entgegen. Darum werden wir hier künftig mit besonderer Sorgfalt auszusuchen haben und allerlei Schranken wegräumen müssen, die heute noch bestehen. Eine solche Schranke ist das Schulgeld. Ich bin daher dafür, daß wir damit aufräumen, wenn auch nicht mit einem Mal, so doch nach und

nach. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist eines von den Zielen, die wir zu erstreben haben.

Es ist aber noch mehr dazu notwendig. Die allerbesten, ungebrochenen Intelligenzen finden sich draußen auf dem Land (Sehr richtig!), und wer einmal Gelegenheit gehabt hat, eine Anzahl von solchen gefunden Landbuben an geistiger Arbeit zu sehen, der ist erstaunt, wie das fliegt und das lebt (Beifall). Dort haben wir noch eine Fülle von ungebrochener geistiger Kraft. Der Bauernstand wird im ganzen nicht ärmer werden, wenn er einen Teil von dieser seiner guten Kraft dem ganzen Volk abgibt. Er ist ja so reich an jungem Nachwuchs, viel reicher als die Stadt, die ihre Kinder immerfort selbst wieder auffrisht. Darum werden wir auch für die Zukunft derartige Intelligenzen zu sammeln haben, und der Staat wird nicht darum herum kommen, daß er sie in Staatsinternaten unterbringt und für ihre weitere Bildung sorgt. Er muß ferner dafür sorgen, daß die Schranken, die zwischen der Volksschule und den höheren Lehranstalten sind, soviel als möglich fallen. Die äußere Schranke besteht in der Aufnahmeprüfung. Die kann lieber heute als morgen verschwinden, denn die Ergebnisse der Aufnahmeprüfung sagen denen, die sie abzunehmen haben, nichts anderes, als was das Zeugnis sagt, das der Schüler von der Volksschule mitbringt. Über die Pflege der Volksschule brauche ich noch dem, was ich gesagt habe, kein Wort weiter zu verlieren, das versteht sich für uns ganz von selbst.

Eine erweiterte Aufgabe wird aber auch unseren Fortbildungsschulen erwachsen. Der Herr Unterrichtsminister hat uns zugesagt, daß schon dem nächsten Landtag ein Gesetz über den Fortbildungsschulunterricht vorgelegt werden wird. Wir freuen uns darüber und werden gerne daran mitarbeiten.

Die große Frage der Einheitschule, die auch besprochen worden ist, möchte ich nur ganz kurz streifen. Sie ist der Gegenstand einer leidenschaftlichen und eingehenden Besprechung gewesen, und es ist darüber schon eine ganze Bibliothek an Literatur entstanden. Es ist aber da festzustellen, daß die Kämpfe heute ruhiger geworden sind, und die Parteien sich einander genähert haben. Als praktisches Ergebnis ist zunächst die Forderung gestellt worden, daß man den Übergang von der Volksschule zu den höheren Lehranstalten soviel als möglich erleichtert: Man will jetzt Versuche machen höhere Lehranstalten auf der Grundlage der Volksschule aufzubauen. Ich glaube, daß das ein ganz vernünftiger Weg ist und daß man über das nutzlose Streiten durch den praktischen Versuch am allerersten hinwegkommt.

Eine schwere Sorge bilden die Verluste, die der Lehrerstand der Volksschule, aber auch der höheren Lehranstalten in diesem Krieg erlitten hat, insbesondere der Lehrerstand in Baden, der, soviel ich die Zahlen kenne, den prozentual höchsten Satz an Verlusten zu beklagen hat. Die Ehrentafel, die der badische Lehrerstand am Ende des Krieges errichten wird, wird schmerzlich lang sein. Sie wird aber ein großartiges Zeugnis für den Geist sein, der im Lehrerstand lebt und dafür zeugt, daß die Lehrer nicht bloß Erzieher des Volkes geworden sind mit dem Wort, sondern Erzieher des Volkes mit der Tat und mit der letzten und höchsten Tat, zu der der Mensch fähig ist. Das wird für alle Zeiten ein Ruhmesblatt in der Geschichte der badischen Schule und des badischen Lehrstandes sein.

Von den weiteren Aufgaben, die uns bevorstehen, will ich nur noch eine zum Schluß erwähnen. Das ist die

Vorbildung der weiblichen Schulentlassenen Jugend für ihren Beruf. Der Krieg hat uns die harte Notwendigkeit gezeigt, daß wir unsere Jugend, insbesondere die der handarbeitenden Klassen, ganz anders für ihren wirtschaftlichen Beruf vorbereiten. Wer Gelegenheit gehabt hat, die Dinge in der Nähe zu beobachten, hat sich sagen müssen, daß wir mit unseren Lebensmitteln wesentlich weiter gereicht hätten, wenn die Hausfrauen, besonders die Frauen unserer Arbeiter anders vorgebildet gewesen wären. Denn dort hat aus Unkenntnis und aus Unerfahrenheit eine böse Verschwendung stattgefunden. Das gibt uns die Aufgabe, die Jugend nach der hauswirtschaftlichen Seite wesentlich besser vorzubereiten. Vorbedingung aber ist dafür, daß man den Stand der Lehrerinnen dafür hebt. Das ist, wie ich höre, im Gange, und ich hoffe, daß der nächste Landtag uns schon praktische Schritte nach dieser Seite erfahren läßt.

Auch die Ausbildung der Volksschullehrerinnen ist wieder in Fluß geraten, und zwar aus der Erfahrung heraus, daß diese Ausbildung bisher den Anforderungen des Berufs nicht in allen Teilen entsprochen hat. Nun meine ich, daß bei der Erörterung, die darüber wohl schon im Gange ist oder einzusehen wird, das eine nicht vergessen werden sollte, daß die ganze Bildungshöhe der Lehrerin durch die Neuordnung eine Einbuße nicht erleiden darf. Die Lehrerin braucht mehr als der Lehrer in sich selbst die Kraft um draußen auf dem Dorf, wo sie allein steht, aushalten zu können. Der Lehrer hat sein Haus und seine Familie, in der er für seine geistigen und gemüthlichen Bedürfnisse Genüge findet. Auf beides muß die Lehrerin verzichten, und darum muß für sie ein möglichst hoher Bildungsstand gefordert werden. Dieser hohe Bildungsstand braucht aber nicht zu leiden, wenn man in dieses Bildungsgefäß einen etwas anderen Inhalt hineingießt, insbesondere auch von denjenigen Dingen, die die Lehrerin dann in der Schule selbst verwerten kann. Im ganzen aber wird die Frage der Verwendung der Frauen in der Schule uns auf lange Zeit nicht mehr los lassen. Dafür sorgen schon die schweren Verluste an Lehrern, dafür sorgt aber auch die Notwendigkeit, wegen der großen Zahl der Opfer, die dieser Krieg gefordert hat, für einen großen Teil unserer Frauen Betätigungsfelder zu finden.

Eine Reihe von anderen Dingen habe ich mir für die nächste ordentliche Tagung des Landtags zurückgestellt. Wir werden dann ein großes Maß von Arbeit finden, und ich möchte hoffen, daß, wenn wir wieder zusammenkommen, es der erste Friedenslandtag sein wird, der uns in diesem Saal zusammenführen wird (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. Muser (fortschr. Vp.):

Der geehrte Herr Vorredner hat im Eingang seiner Ausführungen gesagt, er verlange einen Frieden, aber nicht ohne Landgewinn und ohne Kriegsschädigung. Ich persönlich bin der Meinung, daß es Dinge gibt, an die man wohl denken kann, über die man aber heute noch nicht sprechen sollte, umfoweniger, als es sich um Fragen handelt, deren Entscheidung außerhalb der Sphäre unseres parlamentarischen Einflusses liegt. Unsere Reden sind keine Waffen. Sodann gehen die Meinungen über das, was der Friede uns bringen soll, in diesem Haus — ich weiß es — weit auseinander und es will mir scheinen, als ob es Situationen gäbe, in denen es geradezu eine patriotische Pflicht ist, dem Vaterlande das Geld des Schweigens zu geben und das Silber der Rede aufzubewahren, bis der

Zeitpunkt kommt, wo man es gefahrlos ausgeben kann. Ich meine auch, wenn man Realpolitiker sein will, so sollte man von einem Landgewinn erst sprechen, wenn diese Frage tatsächlich spruchreif ist. Und schließlich: Wir wollen und dürfen uns nicht in Widerspruch setzen mit hochhoffiziellen Noten unseres Deutschen Reiches (Sehr richtig! links) — ich werde genötigt sein, in einem anderen Zusammenhang kurz auf sie einzugehen —, die wir wenigstens nicht als einen wertlosen Fetzen Papier von irgend jemand behandelt wissen möchten.

Die Rede des Herrn Abg. Kolb hat eine Stelle enthalten, die nach meinem Dafürhalten geradezu eine allerdings in ihrer Tragweite nicht allseits, leider auch von dem Herrn Staatsminister nicht, voll gewürdigte politische Tat ist. Die Sozialdemokratie will ihren Frieden mit der Monarchie machen, oder hat ihn mit ihr gemacht. Die Sozialdemokraten wollen im Staat und am Staat mitarbeiten, auch wenn er ein monarchischer ist, sie wollen ihn nicht mehr bekämpfen, weil er es ist. Das ist eine politische Tat in meinen Augen. Allerdings hat dabei der Herr Kollege Kolb einige scharfe Worte gesprochen, aber sie können unmöglich die prinzipielle Bedeutsamkeit seiner Erklärungen auch nur im mindesten abschwächen oder vermindern, und wenn er einige unfreundliche Worte an den Herrn Staatsminister gerichtet hat, so dürfte das, glaube ich, diesem keinen Grund geben, der Sozialdemokratie so wenig freundlich entgegenzutreten. Man hat aus Kolb's Worten die Erregung seiner Seele herauszittern gehört. Allein, seien wir doch gerecht! Denken Sie an die Situation, in der seine Partei und er selbst ist! Denken Sie an die ziemlich scharf ablehnende Stellung, die der Herr Staatsminister schon in der Kommission eingenommen hat! Es war gewiß nicht leicht, die große Masse der Sozialdemokratie zu demselben Staat hinzuführen, gegen den sie jahrzehntelang in heftiger Feindschaft angekämpft hat (Sehr richtig! links). Es ist ein Verdienst unseres Kollegen Kolb — und unser hochverehrter, leider verstorbener Kollege Frank hätte wahrhaftig die Sache nicht besser und staatsfreundlicher machen können, als der zum Glück noch lebende Kolb — es ist ein Verdienst von ihm, daß er an dieser Hinführung der Massen der Sozialdemokratie zum Staat hervorragenden Anteil gehabt hat und hat. Glaubt denn aber irgend jemand im Ernst, die sozialdemokratischen Massen werden sich freudig in den Staat hineinstellen, wenn alles beim Alten bleiben soll? Die Sozialdemokratie muß verlangen, denn sie ist nicht nur eine sozialdemokratische, sondern auch eine demokratische Partei, daß unser Staat, der zu einem guten Teil noch Obrigkeitsstaat ist, in einen wahrhaft konstitutionellen, in einen Volksstaat hineinwächst.

Ich habe erwartet, der Herr Staatsminister werde auf die Erklärung des Herrn Kollegen Kolb eine freundlichere Haltung einnehmen. Kein Mensch wird ihm zumuten, daß er verspricht: Wir werden unseren Staat sofort oder überhaupt einmal in einen sozialdemokratischen verwandeln. Er kann das nicht, er weiß, daß er den Protest dieses Hauses, auch unserer Partei, gegen eine derartige Erklärung erfahren würde. Aber ich habe geglaubt, er wird in die freundlich dargebotene Hand einschlagen und sagen: Gut, Monarchie und Sozialdemokratie wollen und sollen es einmal versuchen und miteinander an dem Staat und in dem Staat arbeiten! Ich kann mir keinen Staat als starken denken, der die Menschen nur von außen her zu sich zwingt, und sie nicht von innen her für sich gewinnt. Nicht der Staat

ist der mächtigste, der die meisten Kanonen hat, sondern der, dem die Seele des ganzen Volkes gehört. Wir brauchen heute mehr als je das ganze Volk. Wir haben gelernt, dem Vaterlande jedes Opfer zu bringen, das er braucht. Ich meine, gerade in Betätigung vaterländischer Opferbereitschaft müßte auch die Regierung gewillt sein, Opfer zu bringen, wenn man das, was sie zu geben hat, überhaupt Opfer nennen kann.

Aber was geschieht, und was ist geschehen? Die Sozialdemokratie hat so viel gegeben, das müssen wir anerkennen. Und die Regierung? Kaum etwas. In Baden soll alles beim Alten bleiben. Baden hat aber auch im Bundesrat am Reich zu arbeiten. Mit keiner Silbe auch nur im entferntesten eine Andeutung, daß unsere Regierung da irgendwie eine freundliche Stellung zu den Anträgen einnehmen werde, die im Verfassungsausschuß des Reichstags verhandelt wurden. Man verlangt, daß wir uns mit aktuellen Fragen beschäftigen. Ich frage Sie: Gibt es eine Frage von größerer Aktualität als die, daß wir gerade in der jetzigen Zeit unserem Vaterland das Herz des Volkes, das noch abseits vom Staate steht, zuführen, und das Herz, das ihm gehört, ihm erhalten? Gibt es eine Frage von größerer Aktualität als die, daß wir unserem Volke draußen in den Schützengräben — und dort sind auch hunderttausende Sozialdemokraten — eine wirklich wertvolle Liebesgabe senden, aus der sie entnehmen, daß ihnen die sichere, unbedingte Garantie gegeben ist, daß, wenn sie heimkommen, sie im deutschen Vaterlande mehr bedeuten als vorher? Es war ein Moment gegeben, wo man ein Stück Geschichte, vaterländische Geschichte, machen konnte und machen sollte, wo, wenn Sie mir diesen Ausdruck erlauben wollen, ein deutscher Rütlibund in der Südwestecke Deutschlands geschlossen werden konnte, ein Bündnis zwischen Monarchie und Sozialdemokratie, ein Bündnis zwischen der Monarchie und dem gesamten deutschen Volke. Welchen gewaltigen Eindruck müßte es auf das Ausland gemacht haben! Wie hätten wir stolz dem Feinde zurufen können: Seht, so schmiedet das deutsche Volk die Kraft, die Euch widersteht, so demokratisiert sich das deutsche Volk in sich, es braucht Euch nicht dazu! Der große Moment ist leider von der Regierung nicht ausgeschöpft worden, die Regierung hat dieses Stück deutscher Geschichte nicht gemacht. Aber, meine Herren von der Sozialdemokratie, lassen Sie sich dadurch nicht entmutigen. Sie haben es nicht allein mit den Regierungen, die vor Ihnen stehen, zu tun, sondern Sie haben es mit den Hunderttausenden von Volksgenossen zu tun, die um Sie stehen und die das Wort, das Sie gesprochen haben, in freudigem, vaterländischem Herzen tief in sich eingraben werden.

Ich habe nicht das Recht, namens aller Fraktionen hier im Landtag zu sprechen, aber ich müßte mich gewaltig täuschen, wenn ich nicht sagen dürfte: Das Jawort zum Staat, das Sie ausgesprochen haben, hat überall einen freudigen Wiederhall gefunden. Und was uns Demokraten anbelangt, nun, da glaube ich denn doch sagen zu dürfen: Wir können bei aller Gegensätzlichkeit der Weltanschauung, die zwischen Ihnen und uns bekanntermaßen besteht, uns auf einer mittleren Linie der politischen Arbeit zusammenfinden. Wenn zwei Leute von Karlsruhe aus nach Amerika reisen wollen, der eine nach dem Norden, der andere nach dem Süden, also nach zwei ganz entgegengesetzten Reisezielen, so haben sie es wahrhaftig nicht nötig, schon in Karlsruhe in verschiedene Koupees einzusteigen; sie können ein gutes Stück des Weges miteinander reisen. Und wenn sie an dem vor-

läufigen Endziel angelangt sind, wer weiß, ob sie sich dann nicht so befreundet, so verstehen gelernt haben und sich ihnen nicht noch ein weiteres gemeinsames Reiseziel aufdeckt, so daß sie auch dann noch ein gut Stück weiter zusammen gehen können. Ja, wenn die deutschen Demokraten von allen Seiten her sich zusammenschließen, dann wird auch der Sieg der deutschen Demokratie unaufhaltbar sein. Die Demokratie marschiert in der Welt, und wer Ohren hat, zu hören, der kann ihren Schritt deutlich vernehmen.

Der Herr Staatsminister hat Anstoß daran genommen, daß Kollege Kolb Konzeptionen von der Monarchie verlangt hat. Was hat er denn verlangt? Er hat gesagt, die Staatsmänner müßten den Forderungen der Arbeiterklasse genügendes Verständnis entgegenbringen. Das ist doch ganz selbstverständlich. Er hat dann davon gesprochen, die Monarchie müßte auch ihrerseits bereit sein, auf einen gewissen Teil derjenigen Privilegien zu verzichten, die sie von altersher hat. Welche Privilegien er darunter meint, hat er nicht gesagt. Die Einräumung des parlamentarischen Regiments wäre z. B. die Aufgabe eines solchen Privilegs. Ich will die Frage des parlamentarischen Regiments hier nicht anregen, ich beabsichtige, nicht ein Wort darüber zu reden, ich führe es nur als Beispiel an. Und dann hat er schließlich noch gesagt, es wäre zu wünschen, daß man den Monarchen den Rat erteile, daß sie endlich einmal mit dem „feudalen Zauber“ aufräumen, mit dem sie sich „umgeben“. Schon das Wort „umgeben“ zeigt, daß es sich dabei nicht um eine verfassungsmäßige Innenseite, sondern um eine äußere Umkleidung der Monarchie handelt. Dies wird außerdem ganz klar und unzweideutig aus dem Folgenden: Die Monarchen sollten „tagtäglich mehr mit bürgerlichen Kreisen in Berührung kommen, sie würden dann mehr die Wahrheit erfahren, als dies bisher der Fall“ sei. Ich frage Sie sodann: Steht allein die Monarchie außerhalb des Flusses der historischen Entwicklung? Ist denn jede Änderung der Monarchie eine Erschütterung ihres Bestandes? Gibt es nicht Änderungen, durch die sich die Monarchie in Wahrheit so fest fundiert, als es irgend möglich ist. Wo ist sie am sichersten und solidesten untermauert? Nirgends anders, als im Herzen und im Willen des gesamten Volkes. Man muß — wir leben in einem konstitutionellen Staat — endlich einmal begreifen, daß es keine Untertanen, sondern nur noch Staatsbürger gibt; man muß endlich einmal das Verlangen als berechtigt zugeben, daß der Konstitutionalismus zur Wahrheit des Lebens gemacht wird. Was heißt denn Konstitutionalismus? Doch nichts anderes, als daß das Volk ein mitentscheidender, ein mitbestimmender Faktor seiner Geschichte wird. Und in konsequenter Ausbildung dieses konstitutionellen Grundgedankens verlangt die Demokratie, daß die Monarchie das Privilegium, das ihr hinsichtlich der Entscheidung über Krieg und Frieden zusteht, insoweit aufgabe, daß sie an eine Mitwirkung der Volksvertretung gebunden ist. Hängt denn irgend ein Geschick des Volkes von einer anderen Frage wesentlicher ab, als von der, um die es sich hier handelt? Wer ist es, der dem Vaterlande das Gut und das Blut gibt? Es ist das Volk, es ist die Gesamtheit des Volkes. Und dieses Volk soll auch das Recht haben, hier mitzusprechen. Wir müssen verlangen, daß das deutsche Volk den anderen Völkern gegenüber zu dem verdienten Ansehen kommt, auf das es von Gott und Rechtswegen Anspruch hat. Wie taxiert man uns denn im Ausland, wie schaut man auf uns herab als auf ein machtloses Volk. Das deutsche Volk muß ein machtvolles Volk werden. Es ist doch ein

geradezu unerträglicher Zustand, daß uns die Feinde zuzurufen: Ja, Du deutsches Volk, Du kannst so friedliebend sein als Du willst, was hilft denn das? Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt nicht in Deiner Hand, sie liegt in dem autoritären Willen eines Einzelnen und der Zustimmung einzelner weniger regierender Männer.

Der Herr Kollege Rebmann hat von der Stellung seiner Partei zum Jesuitengesetz gesprochen. Wie wir dazu stehen, darüber brauche ich kein Wort zu sagen. Es ist von jeher eine Konsequenz unserer demokratischen Weltanschauung gewesen, daß wir das Jesuitengesetz ebenso bekämpft haben, wie den Klosterparagrafen. Wir haben nicht erst den Krieg gebraucht, um zu wissen, daß man Deutsche zwar aus dem Vaterland vertreiben, aber daß man sie nicht abhalten kann, ihre vaterländische Pflicht zu erfüllen. Wir haben nicht den Krieg gebraucht, um zu erfahren, daß das katholische Volk seine vaterländische Pflicht voll tun wird. Wir haben also nicht bis jetzt warten müssen, um das zu tun, was nun endlich geschehen soll. Wir fürchten uns auch nicht vor der Beunruhigung, die eintritt. Ich meine, wenn man ein altes Unrecht gutmacht, sollte es nicht beunruhigend, sondern beruhigend wirken.

Es ist viel von der kaiserlichen Osterbotschaft gesprochen worden. Ja, es ist gewiß etwas sehr Wertvolles, daß in ihr die Aufhebung der preußischen Klassenwahl versprochen wird. Aber das ist nicht die Hauptsache. Diese liegt vielmehr in der Begründung, die der Kaiser dem Versprechen mit auf den Weg gab. Er spricht sein „Vertrauen“ aus zu dem, wie er sich ausdrückt, „treuen, tapferen, tüchtigen, hochentwickeltesten Volk“. Sie wollen Demokratisierung sehen? Da haben Sie eine solche, das ist demokratischer Geist, dieses Vertrauen in das Volk ist ein Grundmotiv der Demokratie. So hoch hinauf bereits, kann ich mit Genugtuung konstatieren, hat der Demokratisierungsprozeß Fortschritte gemacht! Aber, wenn man dem Volk ein so glänzendes Zeugnis ausstellt, hat es auch das Recht, zu verlangen, daß man es nicht nur als ein solches Volk preist, sondern daß man es auch als ein solches behandelt. Man hat erkannt, endlich erkannt, was das Volk ist, und das Volk wird nun auch darauf bestehen, daß es das gilt, was es ist, daß es mehr gilt, als es seither gegolten hat. Diese Osterbotschaft darf von der späteren Geschichtsschreibung nicht zu den Urkunden registriert werden, in denen man zu dem Volk in schwerer Zeit, in der man es braucht, anders spricht, als hintennach, wenn man glaubt, es nicht mehr vonnöten zu haben. Der Geist, der in der Osterbotschaft zum Ausdruck gelangt ist, muß auch in der Wirklichkeit unseres politischen und unseres staatlichen Lebens sich dokumentieren.

Ist denn aber — das kann ich jetzt schon sagen in der Beantwortung der freundnachbarlichen Provokation, zu erklären, was denn eigentlich die Demokratie sei, und was sie wolle — der Demokratisierungsprozeß, in dem wir uns befinden, erst allerjüngsten Datums? Hat er nicht schon eingeseht mit der Erringung des direkten Wahlrechts? Hat er sich nicht fortgesetzt in der langsamen Abbröckelung reaktionärer Bestimmungen unserer Gemeindegesetzgebung, in dem Fallen des Sozialistengesetzes? Die wenigsten unter Ihnen werden sich der Zeit erinnern, in der wir hier — nicht wir allein, sondern auch die Zentrumspartei, das muß ich anerkennen, stand tapfer auf unserer Seite, Sozialdemokraten gab es in der ersten Zeit noch nicht, später haben sie dieselbe Stellung eingenommen wie wir —, in der wir hier kämpfen mußten, bis wir das direkte Wahlrecht be-

famen. Und was hat man uns für Vorwürfe gemacht! „Ungefunden Radikalismus“ usw. usw. Ich weiß ein Liedlein davon zu singen. Man war gesellschaftlich geradezu boykottiert, wenn man Demokrat war. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes durfte ein Rechtsanwalt einen Mörder verteidigen, aber einen Sozialdemokraten verteidigen — in dem Hause des Verteidigers kann man gesellschaftlich nicht mehr verkehren! Und heute sitzt ein Sozialdemokrat im Präsidium der Zweiten Badischen Kammer! Und welche Anfechtungen mußten wir erleben als Gegner des Kulturkampfes, von dem heute auch schon die Rede war! Wir standen immer auf dem Standpunkt, daß in der Frage der Klöster es nicht darauf ankomme, welche Stellung der Einzelne dazu einnimmt, sondern welche der Staat dazu einzunehmen hat. Freiheit der Wissenschaft, Freiheit des Denkens, gewiß, aber auch Freiheit des Gewissens, des Glaubenslebens. „Schleppträger der Kultur“ hat man uns deshalb geschimpft. Und heute, Sie haben hier auch ein Stück Demokratisierung vor sich, sehen wir eine Abbröckelung dieser Gesetzgebung. Das Jesuitengesetz fällt, der Klosterparagraf wird auch fallen. Sie werden es einem alten Demokraten zugut halten, wenn er gegen Ende seiner parlamentarischen Laufbahn große Genugtuung darüber empfindet, daß er die Ideen, für die er, soweit seine schwachen Kräfte reichten, seinen ganzen Menschen eingesetzt hat, in einem siegreichen Verwirklichungsprozeß begriffen sieht.

Nun hat auch der Herr Kollege Dr. Zehnter und dann noch viel direkter der Herr Kollege Rebmann ausgerufen: „Gebt uns ein Muster von Demokratie! Was ist denn die Demokratie?“ Es war gefährlich, diese Frage zu stellen, gefährlich, weil es mich nötigt, Ihre Zeit etwas mehr in Anspruch zu nehmen, als ich wollte. Sie werden es aber erklärlich finden, daß ein Demokrat auf diese Herausforderung die Antwort nicht schuldig bleiben darf. Sie wird sich in den nötigen Grenzen halten; eine vollständig erschöpfende Darstellung des Problems kann ich hier natürlich nicht geben.

Fürchten Sie sich zunächst nicht vor dem Worte. Auf dem etymologischen Wege der wörtlichen Übersetzung von „Demokratie“ in „Volksherrschaft“ kommen Sie nicht zur Erkenntnis des Wesens derselben, ebensowenig an der Hand der Geschichte. Die alten griechischen Demokratien, um das nebenbei zu bemerken, waren Klassenstaaten mit Sklaverei; sie waren keine Demokratien, vielmehr zeitgeschichtlich bedingte Reaktionen gegen die Oligokratie, d. h. gegen die Unterdrückung der Mehrheit durch eine Minderheit. Demokratie ist nicht gleichbedeutend mit Herrschaft der Plebs. Unter Volk versteht die Demokratie das Gesamtvolk, den Proletarier wie den Junker. Auch der Junker gehört zum Volk, und wie ich schon an anderer Stelle gesagt habe, verstehen wir unter Junker nicht den Adligen, durchaus nicht, sondern den Menschen, der glaubt, auf Grund seiner Geburt oder seines Besitzes besondere Privilegien beanspruchen zu dürfen, der sich als Hammer fühlt und das Volk als Amboss behandelt, aus dem der Hammer möglichst viel Privatvorteil heraushämmern kann. Wir sehen in dem Staate nicht eine Machtorganisation, die sich lediglich in den Dienst bestimmter Schichten der Gesellschaft stellen darf, sondern der Staat ist für uns gar nichts anderes als die Volksgesamtheit, nicht nur die der Gegenwart, auch die der Zukunft, wenn Sie so wollen: die überzeitliche Volksgesamtheit. Vielleicht darf ich es in die Formel kleiden: Der Staat ist die überzeitliche soziologische Einheit des Gesamtvolkes. Das Gesamtvolk ist die Staatssubstanz, das Volk auf einem bestimmten Ter-

ritorium. Staat und Volk sind nicht zwei verschiedene Größen, sondern sind eines und dasselbe: der Volksstaat. Unter Herrschaft versteht die Demokratie nicht Unterdrückung, dies wäre ein direkter Gegensatz zu ihrem Wesen. Gewiß spielt der Mehrheitswille eine entscheidende Rolle, aber er soll feststellen, was das allgemeine Interesse ist, und er würde sich selbst mißbrauchen, wenn er das Mehrheitsinteresse als solches und schon an sich dem allgemeinen Interesse gleichsetzte. Der Mehrheitswille soll verhindern, daß die Mehrheit durch eine Minderheit unterdrückt wird. Herrschaft ist gar nichts anderes als das Recht aller Volksgenossen auf mitverantwortliche Teilnahme an der Erfüllung des Staatszweckes, und zwar gleichberechtigte Teilnahme aller Volksgenossen.

Sie können nun von mir verlangen, — Sie zwingen mich ja geradezu dazu durch Fragen, die Sie gestellt haben, — daß ich Ihnen sage, — ich gebe gern die Antwort — was der demokratische Staat ist und will. Ich kann Ihnen zunächst sagen, was er nicht ist. Der demokratische Staat steht auf dem Standpunkt, daß die äußere Machtentfaltung nicht der eigentliche Zweck des Staates ist und es nicht sein kann, schon deshalb, weil sonst die Staaten, die nicht als isolierte Einzelgrößen leben und bestehen können, die vielmehr voneinander abhängig sind und zur Lösung ihrer Aufgaben gemeinsam zusammenwirken müssen, geradezu zu Grunde gehen würden. Macht ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erfüllung des Staatszweckes. Es ist ungeheuerlich, welche logischen Verrenkungen gemacht werden, um die äußere Machtentfaltung des Staates als den eigentlichen Staatszweck hinzustellen. Nein, dies mag für den antiken Staat gegolten haben, für den modernen kann es nicht gelten, denn dieser darf nicht bloß ein zivilisatorischer und sozialer, er muß vor allem ein Kulturstaat sein. Wenn ich von Kultur spreche, so meine ich damit die innere, die geistige und sittliche Hebung des Menschen. Unter Zivilisation verstehe ich die Unterwerfung der Kräfte der Natur und deren Einstellung in den Dienst der Menschen. Wenn Sie es trivial ausdrücken wollen, ist Kultur die Verschönerung des inneren, Zivilisation die Verschönerung des äußeren Lebens.

Und was soll nun der demokratische Staat, was will er? Jede Definition ist natürlich allgemein zu fassen, und es wäre eine Herausarbeitung der einzelnen Tatbestandsmomente nötig, um sie Ihnen in einer vollen Klarheit der Durcharbeitung vorlegen zu können. Der demokratische Staat will positiv fördern den fortschreitenden kulturellen, zivilisatorischen und sozialen Aufstieg des gesamten Volkes und der Völker und dementsprechende Um- und Weiterbildung der Staatseinrichtungen, und — das ist wesentlich für die Demokratie — es soll dieser Aufstieg nicht nur erstrebt werden für das Gesamtvolk, sondern durch das gleichberechtigte Gesamtvolk. Dies soll in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts in Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung an dem Staat arbeiten, alles nach Maßgabe und im Geiste der jeweiligen rechtsgültig bestehenden Staatsverfassung, durch das gleichberechtigte Gesamtvolk, das durch Schule, Selbstbildung und Selbsterziehung sich immer mehr zu der geistigen und sittlichen Reife erhebt, die es braucht, um das Selbstbestimmungsrecht in vernünftiger Weise auszuüben. Durch die Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes stählt und schult das Volk auch seinen Verantwortungswillen, es verpflichtet sich dadurch. Selbstbestimmung ist ja gar nichts anderes als das sittliche Prinzip der Selbsthilfe: Es soll jeder,

was er braucht, möglichst aus eigener Kraft erwerben auf das staatliche Leben übertragen. Ich sprach nicht bloß von dem Aufstieg des Volkes, sondern auch „der Völker“. Es ist eine außerordentlich interessante geschichtsphilosophische Tatsache, daß in demselben Verhältnis, in dem die Auffassung von dem Wesen, dem Wert und der Bestimmung des Menschen sich vertiefte, die Auffassung vom Wesen, Wert und Zweck des Staates sich erhöhte.

Gewiß ist jeder Staat zunächst ein Selbstzweck, aber er ist nicht nur das, er ist auch Mittel im Dienste eines überragenden Zweckes, im Dienste des Menschheitszweckes. In internationaler Arbeitsteilung soll dieser Menschheitszweck, der nichts anderes sein kann, als die Vervollkommnung der Menschen und Zustände, erreicht werden. Ich könnte es auf eine noch kürzere Formel bringen, wenn ich sage: Wir wollen die Demokratisierung der Menschen und der Zustände, als — was dasselbe ist — die Vermenschlichung der Menschen und der Zustände. Mit der Vermenschlichung der Zustände — das gebe ich Ihnen zu — ist die Vermenschlichung der Menschen an sich noch nicht gegeben, aber sie ist möglich; mit der Vermenschlichung der Menschen ist die Vermenschlichung der Zustände gewiß.

Sie können vielleicht denken, daß ich hier wieder einmal in „höheren Regionen“ wandle, daß das wieder nur „Idealismus“ sei. Ich werde Ihnen nachher über den Idealismus noch etwas zu sagen haben, denn wir brauchen gerade heute mehr als je einen gesunden Idealismus, und es muß eine wesentliche Aufgabe der Erziehung insbesondere auch in unserer Schule sein, der tatsächlich um sich greifenden Vermaterialisierung der Seele unseres Volkes dadurch einen Kiegel vorzuschieben, daß man mehr Idealismus in sein Herz hineinlegt. Aber ich habe hochoffizielle Dokumente auf meiner Seite, und Sie müssen mir schon gestatten, gerade auch im Hinblick auf die Ausführungen meines geehrten Herrn Kollegen Rebmann, Ihnen einige Sätze aus denselben mitzuteilen. Es sind die Notizen des Deutschen Reiches, aus denen ich Ihnen ganz wenig ins Gedächtnis zurückrufen möchte, und ich hätte nur den Wunsch, daß auch unsere Feinde daraus entnehmen möchten, was wirklich das Ziel des deutschen Volkes ist. Aus diesen Notizen unseres Deutschen Reiches strahlt der deutsche Geist viel heller und viel klarer als aus manchen Broschüren unserer Kriegsliteratur, insbesondere soweit sie auf alldeutschem Boden erwachsen sind. Ich will zuerst aus der Note Deutschlands von Januar 1917 an die Neutralen etwas mitteilen. Sie erfolgte nach Ablehnung unseres Friedensangebots. Es wird hier ein Friede verlangt, der „allen Staaten des europäischen Kontinents die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.“ Hier wird der Friede als eine Wohltat bezeichnet. Es ist bei Gott nötig, daß man dies sagt (Abg. Kolb: Sehr gut!). Es gibt bekanntlich auch Leute, die meinen, der Krieg sei eine Wohltat. Hier wird von der Lösung der Kulturaufgaben gesprochen. Ist eine gemeinsame Lösung der Kulturaufgaben möglich durch einen Frieden, der den einen oder den anderen Teil in der schwersten Weise demütigt, der einen Stachel in seine Seele hineintreibt, der so schnell nicht mehr auszuziehen ist? Denken Sie einmal an die Notwendigkeit der gemeinsamen Lösung der Kulturaufgaben — die Kulturaufgaben sind nicht die einzigen, die die Völker gemeinsam lösen müssen — und dann reden Sie wieder

von den Kriegszielen! In der Antwort Deutschlands an Amerika wird davon gesprochen, daß die damaligen „Richtlinien der Wilsonschen Botschaft“ in „weitem Umfang mit den Wünschen und Grundsätzen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt. Hierzu gehört in erster Reihe das Recht der Selbstbestimmung und der Gleichberechtigung aller Nationen.“ (Hört, hört! links) Selbstbestimmung! Denken Sie jetzt abermals unter diesem Gesichtspunkt an die Aufstellung gewisser Kriegsziele! Ich muß es Ihnen überlassen, wie Sie sich dann mit diesem Versprechen in der Note unseres Deutschen Reiches in Einklang setzen wollen (Sehr gut! links). Und Gleichberechtigung aller Nationen! Es heißt dann weiter: „Die Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerben um die Macht hineintreiben und in das Netz eigenmächtigen Intriguen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab.“ Ist denn der sogenannte Imperialismus etwas anderes als der „Eigennutz“ in der höchsten Potenz?

Und schließlich noch eine Paraphrase — etwas anderes ist es nicht — zu diesem Grundmotiv des Deutschen Reiches in der Rede des Reichskanzlers vom 9. November 1916. Er erwartet von dem Krieg die Hervorbringung „politischer Zustände“ — ich zitiere wörtlich — „die der freien Entwicklung aller Nationen, großer wie kleiner gerecht werden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines solchen Völkerbundes zu stellen, der den Friedensstörer im Zaume hält“. Ein Völkerbund mit internationaler Exekutive — dies ist wieder ein Stück demokratischen Geistes, den Sie in einer hochoffiziellen Note unseres Deutschen Reiches finden.

Sind dies nun vielleicht „Utopien“? Hat sich hier das Deutsche Reich, an der Spitze seine praktischen Staatsmänner, nach Utopien hineinphantasiert, oder sind die Staatsmänner aufgestiegen aus der Welt der „Realität“ in jenen Bereich des „Nebels“, in das da und dort — wenigstens früher war es so — ein Minister glaubte, nicht mit aufsteigen zu können? Es ist geradezu unglaublich und man möchte beinahe aus der Haut fahren, wenn man liest, mit welchem leichtem Gerede bisweilen gegen eine Organisation angekämpft wird, die diejenigen, die dagegen ankämpfen, gewöhnlich gar nicht einmal kennen (Abg. Kolb: Sehr gut!). Ich empfehle den Herren — und ich meine, es müßte ihnen allen wertvoll sein, darüber Aufklärung zu bekommen — zum Studium die sehr gute Arbeit eines verdienstvollen Mannes, des Professors der Rechte an der Universität Marburg, Walter Schücking „Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts“. Sie können daraus entnehmen, daß es sich nicht allein, ja, nicht einmal in erster Linie um die Errichtung eines Schiedsgerichts handelt, sondern um die Errichtung von ganz anderen Organisationen, daß von Voraussetzungen verschiedener Art gesprochen wird, und Sie können erfahren, an welche Exekutive man denkt. Wer dies liest, dem wird es nicht mehr passieren können, daß er sich ein Phantom bildet, mit Schwert und Lanze auf dieses losstürzt, es zur Strecke bringt und dann schmunzelnd vor der Leiche seines eigenen Werkes steht. Es gab eine Zeit, in der ganz geachtete Leute es allen Ernstes für eine „Utopie“ erklärten, wenn man behauptete, die Welt würde jemals ohne Sklaverei, ohne Blutrache, ohne Fehde, ohne Folter, ohne Religionskriege bestehen können. Es gab zu allen Zeiten Leute, die nicht bloß von der Hand in den Mund leben, sondern auch von der Hand in den Mund denken. Es fällt mir hier ein gutes Wort von Professor Anton Men-

ger ein, der einmal schrieb: „Manches erscheint uns heute als Utopie, was nach einem Menschenalter Gemeinplatz und nach einem Jahrhundert veraltetes Vorurteil ist.“ Wenn ich Ihnen ein Muster für eine wirkliche Utopie geben müßte, ich wäre nicht in Verlegenheit. Ich würde sagen: Der Glaube, daß jemals eine Zeit kommt, in der keine Philister mehr zu finden sind, Philister in Männerhosen, manchmal auch Philister in Professorentalaren und in Weiberröcken, der würde sich wirklich einer Utopie schuldig machen. Gewiß hat jedes Volk seine eigene Geschichte, aber eine einsame Geschichte kann keines mehr haben. Die Völker sind aneinander gefeilt, in tausend Abhängigkeiten voneinander verstrickt, sie müssen miteinander leben, weil sie voneinander leben. Die höchsten Güter der Menschheit können nur errungen, festgehalten und fortgebildet, der höchste Zweck des Staates, Kultur und Zivilisation, kann nur in gemeinsamer Arbeit aller erfüllt werden. Die Pflicht, sich in den Dienst dieser Arbeit zu stellen, atmet wieder demokratischen Geist, den Geist, in dem das Wesen ruht, „an dem die Welt genesen soll“. Keine öde Nachäfferei fremden Wesens, aber weite Offenheit des deutschen Geistes zur freudigen Entgegennahme von allem Schönen und Großen, was in der Welt geschaffen wird, gleichviel wo. Der Boden, auf dem Kulturwerte wachsen, ist gemeinsamer Boden, und darf für kein Volk Fremdboden sein. Gegenseitige kulturelle Befruchtung, gemeinsame Vermehrung der Kulturwerte der Menschheit, kulturellen Kosmopolitismus wünschen wir. Wieder ein Stück demokratischen Geistes!

Von dem Herrn Kollegen Rebmann ist heute auch von religiösen Zielen unseres Volkes und unserer Schule gesprochen worden. Auch der Herr Berichterstatter hat gestern gesagt, gerade im Kriege habe die Religion bewiesen, daß sie eine Quelle von Kraft sei. Ich unterschreibe dies Wort für Wort. Ich muß natürlich jetzt auch unsere Stellung zu diesem Problem ganz kurz präzisieren. Es soll nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich muß es umso mehr tun, als möglicherweise eine oder der andere denkt, die Demokratie habe vielleicht manches Gute und Schöne, hier aber liege ein Problem vor, an dem ich absichtlich und gerne vorbeiginge. Mein Stillschweigen würde der falschen Anlage, daß die Demokratie der Religion und der religiösen Erziehung feindlich oder auch nur gleichgültig gegenüberstehe, neue Nahrung geben. Ich muß es umso mehr mit ein paar Worten tun, weil ich gerade auf die Mitwirkung der religiösen Faktoren zur Erziehung unseres Volkes zu Humanität und Idealismus den allergrößten Wert lege.

Auf Humanität, ja — das betone ich ganz besonders. Ich kann mir keine religiöse Seelenstimmung denken, die nicht auf tiefgründiger Humanität aufgebaut ist. Wer das wahrhaft Menschliche — im Sinne von Humanität — nicht in sich verspürt, kann auch nicht zum Göttlichen gelangen. Ich mite Ihnen nicht zu, insbesondere den Herrn auf jener Seite des Hauses (zum Zentrum), daß Sie meinen Ausführungen zustimmen. Aber darum darf ich Sie bitten, insbesondere im Zeitalter des Burgfriedens, daß Sie sich wenigstens bemühen, meinen Standpunkt zu verstehen und ihn dann auch demgemäß gerecht beurteilen.

Ich unterscheide begrifflich zwischen Moral und Religion. Moral ist Bindung des Willens, Religion ist freie Gemüts-, Gefühlsache, oder wie Sie es sonst nennen wollen, ein Kult, wie jeder Kult, nicht des Kopfes, sondern des Herzens. Der Staat, unser Staat, der demokratische Staat ist kraft seines Wesens verpflichtet, sich an

der moralischen Erziehung unseres Volkes aktiv zu beteiligen. Auf welcher Grundlage und mit welchen Mitteln, das kann natürlich hier nicht auseinandergesetzt werden.

Und was die Religion anlangt, so stehe ich persönlich auf dem Standpunkt. Es kann jemand Religion, tiefe Religion haben ohne Konfession, und es kann jemand mit Konfession ohne wahre Religion sein (Sehr richtig! links). Es will mir scheinen, als ob das Wesen der Religion es geradezu mit sich brächte, daß sie sich der Einspannung und der Einzwängung in menschliche Begriffsformen widersetzt, daß sie umso weniger in Worte zu fassen und zu umschreiben ist, je tiefer sie in der Seele der Menschen wohnt. Sie mögen ihr ein Wortkleid umhängen — Sie verhüllen sie damit, Sie enthüllen sie nicht. Der Konfessionelle und der Nichtkonfessionelle, wenn sie tiefe religiöse Naturen sind, können Samenkörner austreuen voller religiöser Energie, aber diese Samenkörner selbst sind noch nicht die Religion. Sie verdorren, wenn sie nicht auf ein wohl vorbereitetes seelisches Erdreich fallen; ohne dieses können sie sich nicht zur Frucht des religiösen Innenlebens entwickeln. Erst in diesem Erdreich und im Zusammenwirken mit dessen Kräften vermögen sie die tiefe Ergriffenheit des Gemüts allem Großen und Erhabenen gegenüber, die pietätvolle Ehrfurcht vor dem Unerforschlichen, diese Grundtöne wahrer und echter Religion zu erzeugen, auf die es nach meinem Dafürhalten ankommt. Ich persönlich bin der Meinung, daß der Mensch ohne wahre Religion nur ein halber Mensch ist, dem außerordentlich viel fehlt, und daß der Staat, der auf die Herausarbeitung ganzer Menschen bedacht sein muß, schon aus diesem Grund der religiösen Erziehung unseres Volkes nicht gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstehen darf. Aber seine Stellung zu diesem Problem muß gegeben sein durch sein Wesen. Die Stellung des Einzelnen und die Stellung der Kirche ist eine ganz andere als die des Staates. Die Kirche hat das Recht, das gute Recht, mit vollster Freiheit in ihren Religionsstunden wie anderwärts zu dem Gläubigen zu sagen: Du mußt und sollst diese oder jene Lehre annehmen! Der Staat, der über allen Weltanschauungskämpfen in vollster Neutralität thronen muß, demgegenüber sie alle vollkommen gleichberechtigt sind — er darf keine Lieblinge haben —, der Staat, der weder das Recht noch die Möglichkeit besitzt, der einen vor der andern einen besonderen religiösen Wert zuzusprechen, der Staat der Denk- und Gewissensfreiheit, er hat nicht das Recht, zu dem Staatsangehörigen zu sagen: Du sollst oder du mußt diese oder jene Lehre annehmen — weil das in Widerspruch stünde mit der Denk- und Gewissensfreiheit — sondern nur: du darfst sie annehmen. Aber wenn er auch nicht das Recht hat, bestimmte konfessionelle Lehren in den Inhalt seines Unterrichts aufzunehmen, eben weil dies im Widerspruch mit der Denkfreiheit stünde, so muß doch dieser weltliche Unterricht auf die Erzeugung jener Grundtöne wahrer und echter Religiosität, von denen ich vorhin sprach, gerichtet, er soll jedenfalls so gestaltet sein, daß jene Seelenverfassung, jenes seelische Erdreich als eine Frucht auch des staatlichen Unterrichts entsteht, jenes Erdreich, aus dem dann das religiöse Innenleben in voller Kraft und Freiheit herauszuwachsen vermag. Dies ist meine demokratische Auffassung von der Stellung des Staats zur Religion.

Wir legen, wie Sie schon gesehen haben, den allergrößten Wert auf eine tiefgründige Erziehung unseres Volkes, insbesondere auch auf eine religiöse und sittliche, beson-

ders in der jetzigen Zeit und besonders in und nach dem Krieg. Der Krieg hat nicht bloß da und dort die Fluren verwüstet, er hat an unendlich vielen Seelen eine Verwüstung angerichtet, und unter seinem Schutt und unter den Trümmern liegt viel Kultur und viel Vernunft begraben (Sehr richtig! links). Es ist eine Aufgabe gerade auch unserer Schule, diesen Schutt abzudecken und die Menschen wieder auf eine höhere Stufe herauszuheben, sie wieder mehr zu wahren Menschen zu machen. Es muß die Zeit kommen, in der die Menschen nicht mehr die Werte versenken, von denen sie leben, sondern den Wahn versenken, an dem sie sterben; es muß die Zeit kommen, in der diejenigen, die die meiste Macht über die Herzen der Menschen haben, nicht mehr die Waffen segnen, mit denen die Menschen sich zerfleischen und töten, sondern die Wege segnen, auf denen sie erst zum wahren, zum Gemeinschaftsleben erwachen, nicht mehr für die Arbeit beten, die die Menschen auseinanderreißt und die zerstört, sondern für die Arbeit; die sie zusammenführt, die aufbaut, in die Höhe baut.

Ich habe schon betont, welcher unendlich großer Wert wir auf Idealismus und idealistische Erziehung unseres Volkes legen, und Sie müssen mir schon gestatten, weil es so grundlegend ist, und weil Sie hier wieder ein Stück des demokratischen Geistes vor sich haben, den Sie ja kennen lernen möchten, darüber einige Worte zu sagen. Die Technik allein genügt nicht; der Mensch braucht noch mehr. Es gibt keine Kultur ohne Idealismus, es gibt keinen Kulturstaat ohne Kulturmenschen, und es gibt keine Kulturmenschen, wenn sie nicht Ideale haben. Idealismus und wahre Realpolitik sind keine Gegensätze. Die echte Realpolitik ist gar nichts anderes als praktisch-politische Tat in unmittelbarer oder mittelbarer Verfolgung idealer Ziele. Der Idealismus ist eine Wirklichkeit, wenn auch keine sinnlich gegebene Wirklichkeit, die man mit den Händen greifen kann. Es gibt auch geistige, seelische Wirklichkeiten. Der Idealismus schafft aus sich Wirklichkeit heraus, er hat in der Welt schon außerordentlich viel Lebensgestaltung zuwege gebracht. Der Philosoph A. Lange, sagt in seiner Geschichte des Materialismus — er ist ein grundsätzlicher Gegner des Materialismus, er ist ein Idealist —: „Die Dinge mögen sich noch so seltsam kreuzen, der Realpolitiker“ — ich korrigiere, der sogenannte Realpolitiker — „mag für den Augenblick recht behalten — den Ideen folgen die großen Zeitläufe“. Ja, stehen wir nicht alle vor der Idee des vollkommenen Staates? Sie sprechen doch davon, daß ein möglichst vollkommener Staat erreicht werden soll. Was wir darunter verstehen, ist natürlich sehr verschieden; aber diese Idee steht doch in Ihrer aller Geiste eingeschrieben. Man soll aber eine Idee nicht bloß als Gedankengebilde vor sich haben, sondern man muß sie auch in den Willen aufnehmen, d. h. sie zu einem Ideal machen. Wenn Sie an den vollkommenen Staat nicht bloß denken, sondern auch nach ihm hinstreben, dann wird er für Sie zum Ideal. Es existiert auf der Welt nirgends ein vollkommener Staat, weshalb es von einem solchen auch keinen Begriff geben kann, da keine wirklichen vollkommenen Staaten existieren, von denen man die gemeinschaftlichen Vollkommenheitsmerkmale abstrahieren und daraus einen Begriff formen könnte. Der vollkommene Staat ist eine Schöpfung der Vernunft, nicht der sinnlichen Wirklichkeit, d. h. also eine Idee. Stellt nicht auch die Kirche die Menschen vor ein Ideal, wenn sie lehrt: Seid vollkommen, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist? Ist dieses Ideal wirklich gar nicht „wirkend“? Hat es nicht schon in der Welt

Großes, ja Großartiges aus sich heraus geboren? Schauen Sie doch überhaupt einen Augenblick die Geschichte an. Die Lehrer, die den Idealismus wieder in die Seele unserer Kinder hineinsenken müssen, sollten gerade geschichtliche Beispiele ins Feld führen, damit nicht jeder geistig Halbwüchsige Erfolge erzielen kann, wenn er mit der stereotypen Hochnäsigkeit dem Idealismus und allen idealen Bestrebungen jeglichen Wert abspricht. Wie oft hört man: Der oder jener ist „halt ein Idealist“, und damit soll dann der Mann und die Sache gerichtet sein. Wem verdanken die Sklaven in Nordamerika ihre Befreiung? Gewiß sind es noch andere Helfershelfer gewesen die assistierten, aber in Wahrheit war es der Idealismus, es war das Aufklärungsideal der Menschenrechte, das die ganze Wirtschaftsverfassung der Südstaaten über den Haufen warf. Und wem verdanken wir unser Deutsches Reich, das im Jahre 1870/71 gezimmert wurde? Meinen Sie, nur Blut und Eisen? Nein, nie und nimmermehr, Blut und Eisen allein hätten es nicht zustandegebracht, wenn nicht ein ideal gestimmtes Volk vorhanden gewesen wäre. Es gab eine Zeit in unserem deutschen Vaterlande, wo man weit hinauf von einem großen, einigen, freien Vaterlande nichts wissen wollte. Die Idealisten waren es, die immer wieder den nationalen Gedanken in die Seele des Volkes hineingefungen haben, ihnen haben wir es zu verdanken, daß dieser nationale Gedanke nicht abgestorben, daß er nicht verdorrt ist. Mit rührender Zähigkeit haben sie dafür gesorgt, daß er an dem Herzen des Volkes eine warme Pfleg- und Pflanzstätte erhalten hat. Wem, frage ich also, ist es zu verdanken, daß im Jahre 1870/71 wirklich ein ideal gesinntes, ein national gesinntes, ein opferfreudiges Volk hinter seinen Führern gestanden ist? Es waren die deutschen Idealisten, es waren die deutschen Burichenschaftler, es waren die deutschen Dichter und es waren die deutschen Säger. Geschichtsbildende Macht hat der Idealismus! Ja geschichtsbildende Macht hat der Idealismus, das kann nicht oft und scharf genug hervorgehoben werden.

Noch ein anderes Beispiel. Gewiß verstehen es die Geldmagnaten Amerikas und Englands, die Ententevölker immer wieder in wilde Kriegsleidenschaft hineinzutreiben, aber nicht etwa dadurch, daß sie ihnen die Gewinne vorzeigen, die das Kapital im Verfolg seiner brutalen Interessen erzielt, sondern daß sie ihnen ideale Ziele, ich muß sagen, vorpiegeln. Es sind Scheinideale, es sind falsche Ideale, sie sind aber als solche nicht erkannt und wirken wie echte Ideale. Nicht für den Geldbeutel gehen die Amerikaner und geht die große Masse der Engländer und Franzosen in die Schützengräben, sondern sie glauben zu kämpfen für Menschheit, für Freiheit, für Kultur, für Demokratie usw. Dieser Idealismus, diese gewaltig „wirkende“ Wirklichkeit, das ist es, was immer wieder die neue Kraft schafft, aus der heraus unsere Feinde gegen uns anstürmen.

Vollkommene Demokratie ist ein Ideal. Es gibt deswegen wohl demokratisierte Staaten, aber es hat niemals eine vollkommene Demokratie gegeben, und es kann deswegen auch keine Demokratie als ein Muster vorgeführt werden. Sie ist ein Willensziel, aber, wie ich Ihnen eben ausgeführt habe und in Beantwortung Ihrer Provokation ausführen mußte, ein hohes Ziel, nicht eine Unwirklichkeit, nicht ein Phantasiegebilde.

Wir verlangen, was ich Herrn Kollegen Kopf gegenüber betonen muß, allerdings eine erweiterte Bildung und eine vertiefte Erziehung. Wir verlangen es, abgesehen von allen anderen Gründen, schon

deswegen, weil wir das allgemeine Wahlrecht haben. Der Staat, der dem Volk das allgemeine Wahlrecht gibt, übernimmt damit auch die Pflicht, die geistigen und sittlichen Voraussetzungen schaffen zu helfen, die notwendig sind, wenn er die große Verantwortung, die mit dem allgemeinen Wahlrecht verknüpft ist, dem Volke mit gutem Gewissen auf die Seele legen will. Man soll an das allgemeine Wahlrecht gar nicht denken können, ohne zu gleicher Zeit denken zu müssen an die Bildungs- und Erziehungspflicht des Staates dem Einzelnen gegenüber, und an die Selbstbildungs- und Selbsterziehungspflicht des Einzelnen dem Staat gegenüber. Die Leute, die die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn wir von erweiterter Bildung und von vertiefter Erziehung sprechen, mögen doch daran denken, daß die Schule ein Organismus ist, den wir zur Erfüllung des Staatszweckes brauchen, nicht weniger als das Heer. Man darf deshalb die Frage nicht nur dahin stellen, was hat die Schule dem Einzelnen für sein späteres Leben zu geben, sondern auch, was braucht der Staat, was braucht unser Staat, um leben und gedeihlich wirken zu können.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Schulpläne und auch die Schulkosten zu betrachten. Die Schulkosten sind Leistungen an den Staat, notwendige Opfer für den Staat. Wir werden gelehrt, daß wir des Vaterlandes wegen die Pflicht haben, große Opfer für das Heer zu bringen. Wir sollten gelehrt werden, daß wir aus demselben Grund auch zu allen anderen vaterländischen Opfern bereit sein müssen. Erziehung nicht bloß zur Opferbereitschaft für die äußere Machtstellung unseres Vaterlandes, sondern auch Erziehung zur kulturellen und sozialen Opferbereitschaft.

Es ist davon gesprochen worden, auch die Demokratisierung werde die Völker nicht von dem Übel des Krieges befreien können. Verlangen Sie doch von der Demokratie nicht alles! Muß sie denn alles leisten, was irgend wünschenswert wäre, um sich selbst als wünschenswert erscheinen zu lassen? Wollen Sie ihr zumuten, daß sie die Welt in ein Paradies verzaubert? Hörte denn das Christentum auf, eine erstaunliche Großmacht zu sein, obgleich auch es den Krieg nicht beseitigte und nicht beseitigt, trotz der Lehre, die eine seiner tiefgründigsten und herrlichsten ist, die Lehre, daß die Menschen alle Kinder Gottes, also auch Brüder sind? Es gibt eben Dinge, gegen die alle Menschenmacht und aller Menschen Wille nicht aufkommen kann. Ich rechne dazu den Krieg nicht, durchaus nicht, ich bin der Meinung, daß es allerdings Mittel gegen ihn gibt. Aber so lange wir nicht eine völkerrechtliche Organisation zur Schlichtung der Streitpunkte haben, muß auch die Demokratie, die allein eine solche Organisation nicht schaffen kann, zu der Waffe greifen, mit der eben, wie die Dinge einmal liegen, ich kann nicht sagen, internationale Differenzen geschlichtet werden, denn der Krieg verjagt Wunden, die nicht vernarben, vielmehr immer wieder aufbrechen, sondern mit denen man die Schlichtung versucht. Der Philosoph Herbert Spencer sagt in seiner Ethik einmal: „Man darf in einer unvollkommenen Gesellschaft nicht einen vollkommenen Menschen erwarten.“ So darf man auch in einer unvollkommenen Staatengesellschaft nicht einen vollkommenen Staat erwarten. Es ist sehr ungerecht, wenn Sie der Demokratie vorwerfen, daß sie den Krieg nicht zu beseitigen vermöge, während Sie selbst nichts dazu beitragen wollen, die dafür nötige völkerrechtliche Organisation mitzuschaffen zu helfen.

Sie haben, das ist auch heute wieder geschehen, auf Amerika hingewiesen. Ja, Sie dürfen doch nicht

alles Gute und alles Schlechte, was Sie in einem Staate finden, ohne weiteres auf die Rechnung der Staatsverfassung setzen. Vieles liegt völlig außerhalb der verfassungsrechtlichen Sphäre begründet, vieles in der Völkerpsychologie. Wenn Sie aber von Korruption sprechen — man sollte es in solcher Einseitigkeit lieber nicht tun —, da muß ich sagen, es gibt eine solche auch anderwärts. Schweigen wir darüber! Und was den berühmten Mammonismus anlangt, verschließen wir die Augen nicht! Der Mammonismus ist nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa zu finden. Die Mammonisten sind überall an der Arbeit, der Notlage des armen Volkes den letzten Groschen herauszupressen. Was in Europa eine Mark oder ein Frank oder eine Krone ist, das ist in Amerika ein Dollar. Und wenn die europäischen Mammonisten, aus einer Mark, einem Franken, einer Krone einen Dollar machen könnten, sie würden es tun; an ihnen liegt es nicht, daß sie keine Dollars einheimisen. Und noch eins: Überlegen Sie, daß in Amerika Hunderttausende von Menschen, man nennt sie Kuli, auf der Straße stehen, die sich abmühen, ihr Brot zu verdienen, um nicht Hungers zu sterben. Sie sind die Lohndrücker, sie füllen die industrielle Reservearmee, sie ermöglichen den Industriemagnaten den Profit, sie sind das traurige Menschenmaterial, das seine Stimme um einen Dollar verkauft. Aber diese Kuli sind nicht auf amerikanischem Boden gewachsen, sondern kommen zum größten Teil aus Europa, hauptsächlich aus den nichtdemokratisierten Staaten. Sie sind nach Amerika gekommen, weil die europäische Wirtschaft ihnen nicht geben konnte, was sie brauchten, um ihr Leben zu fristen. Es ist eine tolle Zumutung, daß die amerikanische Demokratie tief eingefressene europäische Sünden im Handumdrehen in amerikanische demokratische Tugenden umwandeln soll. Das darf man doch nicht verlangen.

Aber, hat man weiter gegen uns gesagt, sehen Sie doch die Macht, die ein amerikanischer Präsident hat; er hat eine größere Macht, als eine Machtpotenz in einem europäischen monarchischen Staat. Das ist tatsächlich nicht richtig. Die Machtpotenz des Präsidenten in einer Republik ist gar nicht gewaltig. Auch in einer Republik kann ein Präsident eine große persönliche Macht haben, wenn er eine bedeutende Persönlichkeit ist. Und selbst wenn er eine große amtliche Macht hat: Macht und Macht ist nicht dasselbe! Er hat diese Macht kraft Volkswillens, in seiner Macht repräsentiert sich die Volksmacht. Das Volk unterwirft sich seinem eigenen Willen. In nichtdemokratisierten Völkern hat der Träger der Machtpotenz diese Macht ohne vielfach gegen den Willen des Volkes, er repräsentiert nicht Volksmacht, sondern Volksohnmacht. Das Volk unterwirft sich einem Fremdwillen.

Es ist vom Herrn Kollegen Kolb und von anderer Seite die Frage aufgeworfen worden, wie wir unsere Staatsfinanzen aufbessern können. Er hat — der Ausdruck war vielleicht nicht ganz geschickt gewählt — von der Überführung des Privatkapitals in Nationalvermögen gesprochen. Ich habe im ersten Augenblick gedacht, er meine das im Sinne des sozialdemokratischen Programms: Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum. Wenn er das sozialdemokratische Programm gemeint hätte, müßte ich ihm mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Wir Demokraten müssen grundsätzlich Gegner des Kollektivismus sein. Es ist hier nicht die Zeit und der Ort, daß ich mich über Sozialismus und

Sozialdemokratismus ausspreche. Der Begriff des Sozialismus ist sehr schwankend, ich könnte Ihnen zehn oder zwanzig Definitionen dafür geben. Jeder Sozialdemokrat ist Sozialist, aber nicht jeder Sozialist Sozialdemokrat. Nach meinem Dafürhalten kann man unter Sozialismus eigentlich nichts anderes verstehen, als die staatliche Garantie eines menschenwürdigen Daseins insbesondere durch Beseitigung und Bekämpfung der Massenarmut für alle diejenigen, die aus eigener Arbeit sich ein solches menschenwürdiges Dasein nicht zu erringen vermögen. Nach meiner persönlichen Meinung ist ein solcher gesunder Sozialismus kein Gegensatz zur Demokratie, sondern er steckt als eine Konsequenz in ihr. Nach meiner persönlichen Meinung ist ein gesunder Sozialismus eine Komponente des demokratischen Gedankens, eine Provinz im Reiche der Demokratie.

Nun hat mir der Herr Kollege Kolb gesagt, daß er die Sache dahin verstanden habe, daß man monopolreife Privatindustrien in Staatsmonopole verwandeln solle. Da mache ich ihm keine Opposition. Auch ich bin der Meinung, daß es eine Reihe von Betrieben gibt, bei denen man an eine Monopolisierung denken darf. Ich habe zunächst die Betriebe für Licht- und Kraftverjorgung im Auge. Ich will das Problem nicht in alle Einzelheiten verfolgen, sondern nur die Aufmerksamkeit darauf lenken. Ich darf darauf hinweisen, daß im Jahre 1913 in den Riesenkonzernen der Siemens-Schudertwerke und der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft rund 83 000 Arbeiter beschäftigt waren. Sie sehen aus der Summe der Arbeiter, wie gewaltig der Umfang dieser Unternehmungen sein muß. Der Kohlenbergbau, die Kohlenindustrie, die Eisenindustrie, die chemische Industrie, die Munitionsindustrie sind ebenfalls Betriebe, an die man denken kann. Solche Monopolisierungen würde ich indessen nicht als Sozialismus im eigentlichen Sinne bezeichnen. Es scheint sich mir hier vielmehr um finanzpolitische Staatsaktionen mit sozialem, nicht sozialistischem Erfolg zu handeln. Der Staat tritt als Unternehmer zu Gunsten der Staatskasse und der Allgemeinheit, darunter auch der Vermögenden auf. Auch diese nehmen teil an dem Gewinne, der gemacht, und an der Verbilligung der Produkte, die erzielt werden kann.

Man kann, was die unsinnigen Riesengewinne, die gemacht werden, betrifft, daran denken, sie so weit sie nach sachverständiger Feststellung sich als unmittliche, weil auf Volksausbeutung beruhend, darstellen, einfach zu Gunsten unserer Staatskasse zu konfiszieren. Dies klingt sehr annehmbar. Aber die Sache hat ein großes Bedenken. Wenn ein Staat allein so vorginge, würde das Kapital dahin auswandern, wo derartige Beschränkungen nicht bestehen. Wenn ich meine Hühner erwische, wie sie in meinem Garten die schönsten Pflänzchen abfressen, werde ich ihnen vielleicht in meinem Arger die Hälse abschneiden lassen. Wenn ich mich aber dann an den Tisch setze und frage nach den Eiern und man mir entgegenhält, es wären den Eiernträgern ja die Hälse abgeschnitten, so werde ich wohl in mich gehen und mir überlegen, ob ich nicht besser daran getan hätte, den Hühnerhof sicherer einzuzäunen, ich hätte dann einen unberührten Garten, aber dazu auch die Eier. Eine Beseitigung des Übelstandes wäre in jedem Fall nur möglich auf dem Wege internationaler Vereinbarung und Organisation, eine der vielen Fragen, die nur international geregelt werden können. Zusammenschluß der Völker zur Wahrung wichtiger und gemeinsamer Interessen. Nicht ihre Werte, sondern ihre gemeinsamen Schäden sollten sie vernichten. Aller-

dings hätten Sie dann wieder den verpönten und verlachten „Völkerbund“: Wird ihnen dieser jetzt nicht in einem anderen Lichte erscheinen, wenn Sie auch an die wirtschaftlichen Fragen denken mit deren Lösung er sich befassen könnte? Wollen Sie immer noch behaupten, es wäre nicht möglich, die Völker so geistlich zu machen, daß sie endlich einsehen, wie sehr es auch in ihrem nackten Geldinteresse liegt, sich so zu organisieren, daß nicht sie, sondern ihre gemeinsamen schwereren wirtschaftlichen Gebrechen zugrunde gehen?

Gestatten Sie mir noch mit einigen Worten auf einige speziellere Fragen einzugehen. Unsere Stellung zur Ersten Kammer ergibt sich aus unserer Stellung zur Frage des Konstitutionalismus. Ich gebe gern zu, daß die Erste Kammer von jeher eine Reihe von Männern enthielt, die auch eine Zierde jeder Volksvertretung wären. Aber vom Standpunkt des Konstitutionalismus aus scheint es mir eine Anomalie zu sein, zwischen die eigentliche Volksvertretung und die Krone eine Korporation einzuschieben, die keine Volksvertretung ist. Man hat der Ersten Kammer, wenn ich das Bild gebrauchen darf, einen Schlüssel in die Hand gegeben, mit dem sie nach Gutbefinden, und wie man hofft möglichst nach konservativer Zeitrechnung den Zeiger der Uhr der Volkskammer zurückstellen oder stillstehen machen sollte. Es war immer ein Fehler in der konservativen Weltanschauung, zu wäunen, man könnte die Zeit aufhalten oder gar zurückschrauben, wenn man die Zeiger der Uhr vorrückt.

Man sagt, die Erste Kammer sei ein Sammelbecken für Männer der Kunst und Wissenschaft. Gewiß! Aber wir haben doch auch in der Volksvertretung glaube ich, manchmal Männer, wenigstens der Wissenschaft. Woher kommt es aber denn, daß die Männer der Kunst und der Wissenschaft im Wesentlichen in der Ersten Kammer sitzen? Mein Fraktionskollege Hummel hat schon in der Kommission die eine Seite der Sache betont: es ist eben traurig, daß so viele Männer der Kunst und Wissenschaft sich für zu vornehm halten, um aus ihrer olympischen Höhe in die Arena der Volkskammer herabzusteigen — wobei ich gerecht genug bin, zuzugeben, daß das Gebahren der Volkskammer ab und zu einen Mangel an Ästhetik aufzeigt, der jene Zurückhaltung der Herren nicht entschuldigt, nicht rechtfertigt, aber doch ein klein wenig begreiflich macht. Die tiefere Ursache scheint mir aber in Anderem zu liegen. Man hat die Brandfackel der Interessengegenätze in die Politik hineingeschleudert, man hat es darauf abgelegt, die Menschen geradezu systematisch dahin zu erziehen, daß sie nicht fragen oder nicht immer fragen — es ist nicht ausnahmslos so —: Wo ist der Mann, der das allgemeine Interesse vertritt?, sondern: Wo ist der Mann, von dem ich voraussetzen darf, daß er spezielle Interessen, an denen ich beteiligt bin, am besten pflegt? Dadurch ist die Anforderung und die Qualifikation der Volksvertreter etwas gesunken. An die Stelle des überragenden Überblicks über die staatlichen Notwendigkeiten und des sicheren Einblicks in die vielfach verschlungenen Zusammenhänge der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme begnügt man sich vielfach mit der wirklichen oder vermeintlichen Lebenserfahrung auf einem bestimmten Teilgebiet. Es trat ein eine Unterschätzung der Wissenschaft in der Politik — von einer Geringschätzung des Idealismus und der Vermaterialisierung der Volkseele garnicht zu reden — und eine Überschätzung des sog. gesunden Menschenverstandes. Es liegt also am Volk, wenn die Männer, von denen ich eben gesprochen

habe, sich nicht mehr in größerer Anzahl in der Volkskammer befinden. Wir sind ja soweit gekommen, daß man „Theoretiker“ schimpft die, die Politik wissenschaftlich, und „Doktrinäre“ die, die sie grundsätzlich betreiben. Es ist gewiß eine Einseitigkeit, ich gebe das zu, aber es steckt ein ganz gesunder Kern in dem Satz, den Hegel ausgesprochen hat: „Die theoretische Arbeit leistet mehr als die praktische; ist einmal das Reich der Vorstellungen revolutioniert, dann hält die Praxis nicht mehr stand.“ Wir müssen, wenn wir andere Zustände herbeiführen wollen, darangehen, die innere Gefundung unseres Volkes wieder in die Wege zu leiten durch die Erziehung des Volkes, insbesondere — ich komme immer wieder darauf zurück — zum Idealismus, auch durch die Erziehungsarbeit, die wir Politiker selbst leisten sollen. Der Politiker muß sich als ein Faktor der Erziehung, der Versittlichung des Volkes fühlen, er darf nie und nimmer zu einem Faktor der Volkserziehung werden. Wir müssen jede offene und verkappte Demagogie als eine Verletzung unserer Selbstachtung und Würde von uns ablehnen. Wir haben gewiß das Recht und die Pflicht, das Volk auf seine Rechte aufmerksam zu machen, aber wir müssen es auch an seine Pflichten erinnern, an die Pflicht der Selbstbecheidung, der Selbstzucht gegenüber der Selbstsucht, an die Pflicht der Mitarbeit, an die Pflicht der Verantwortlichkeit. Es gilt heute noch zu einem guten Teil der Satz: „Jeder ist seines Schicksals Schmied“. Gewiß sollen wir dem Volke davon sprechen, welche Freiheiten ihm zukommen, und gewiß ist die äußere Freiheit ein großes Gut. Ich verstehe darunter die Befreiung von den willkürlichen Hemmnissen, die der Durchführung der selbstgewählten Zwecke im Wege stehen. Aber nicht minder wichtig ist die innere Freiheit, die Freiheit des Menschen von seinen Leidenschaften, von der Herrschaft seiner Triebe. Diese innere Freiheit wird nicht gegeben, sie wird nicht geschenkt, sie wird niemanden in die Wiege gelegt, es muß sie jeder erarbeiten, aus sich herausarbeiten. Es muß jeder in sich die Persönlichkeit ausbauen und aufbauen, die der Staat braucht. Je höher die Qualität der Staatsbürger ist, um so höher ist auch die Qualität des Staates. Und jetzt werden Sie auch begreifen, was ich meine, wenn ich sage: Die Demokratie ist kein Feind echter Aristokratie. Wir verstehen unter dem Aristokrat den wirklich edelsten und tüchtigsten Menschen. Diese Aristokratie will auch die Demokratie, sie sucht sie, sie züchtet sie, sie braucht sie zu ihrem Bestande, zu ihrer Weiterbildung, zur Höherbildung des Staates und darüber hinaus der Menschheit. Es gibt mit anderen Worten eine demokratische Aristokratie.

Es ist heute wieder von dem Herrn Kollegen Rebmann gesagt worden: Dem Tüchtigen die Bahn frei! Ja, das ist eine alte Inschrift auf dem Panier der Demokratie. Es soll ja gerade das Bildungs- und Erziehungswesen demokratisiert werden. Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Kollege Rebmann jetzt für Staatsinternate ist. Wir haben sie auf mehreren Landtagen verlangt. Wir waren bisher nicht in der glücklichen Lage, Ihre Zustimmung (zu den Nationalliberalen) und Ihre Mitwirkung bei dieser Forderung zu finden. Ich glaube, mich nicht zu täuschen. Täusche ich mich? (Abg. Rebmann: Sie täuschen sich!) Wenn ich mich täusche, so soll das nicht gesagt sein. Aber ich höre, ich hätte mich nicht getäuscht. Nun, mag dem sein, wie ihm will. Ich freue mich, daß auch Sie für das Staatsinternat eintreten. Es soll der Bestveranlagte auch die Möglichkeit haben, die Anlage so zu entwickeln, daß er zum Tüchtigen

werden kann. In unserem Volke liegt noch außerordentlich viel Bildungsgold vergraben, man muß es nur heben, man muß es an die Oberfläche bringen, man muß es für den Staat, für die Allgemeinheit verwerten. Glauben Sie doch, daß gerade in unserem sogenannten niederen Volk, in unserem Proletariat, außerordentlich viel Bildungshunger ist, vielfach viel mehr als in gewissen Kreisen der Besitzenden, in Kreisen von Leuten, denen ihre physische Überernährung außerordentlich viel Freude und Genuß, die Gefahr einer psychischen Unterernährung keinerlei Sorge bereitet (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten).

Unsere Stellung zur Frage des Gemeindevahlrechts ist eine klare und selbstverständliche, sie war von jeher die: Wir sind für die Beseitigung der Klassenwahl. Ich will darüber nicht viele Worte machen, denn ich sehe an der vorgerückten Zeit, daß ich schon länger gesprochen habe, als es in meiner Absicht lag. Ich möchte nur das eine sagen: Es wird niemand im Ernste behaupten wollen und behaupten können, daß der Reiche deswegen, weil er reicher ist, an geistiger und sittlicher Fähigkeit über dem weniger Bemittelten und dieser an Vorsicht, Sparsamkeit und Verantwortlichkeitsgefühl bei der Bestimmung über das Gemeindevermögen unter dem Reichen stehe. Es wird immer von den Umlagen gesprochen. Ja, werden denn die Gemeindebedürfnisse nur auf dem Wege der Umlagen bestritten? Sind es nicht — es ist § 68 der Gemeindeordnung, der das bestimmt — in erster Linie die Erträge des Gemeindevermögens, die Erträge der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde, Gebühren und Abgaben und die sonstigen Einkünfte? Der alsdann noch ungedeckte Gemeindeaufwand wird bestritten durch Auflage auf den Bürgernutzen, und erst der dann fehlende Betrag wird auf dem Wege der Umlage aufgebracht. Es kommen in manchen Gemeinden noch die Warenhaussteuer, die Verkehrssteuer und die Verbrauchssteuer dazu. Das sind Einrichtungen, die die Höchstbesteuerten nicht geschaffen haben und die sie nicht allein speisen. Und glauben Sie denn, daß der kleine Mann weniger Verantwortlichkeitsgefühl hat, wenn er vor die Frage gestellt wird, wie er über Gemeindevermögen direkt, und indirekt über eigenes verfügen soll, als der Reiche? Verliert er nicht im Verhältnis mehr als der Reiche, wenn es schief geht? Er spürt es ja viel mehr. Die Erhöhung der Gemeindeumlage um ein Prozent tut ihm viel weher als dem Reichen eine solche um 10 oder noch mehr. Wer leistet denn in Wahrheit das Meiste, wenn wir uns einmal auf diesen sehr unangebrachten Leistungsstandpunkt begeben sollen? Ich kann mich damit überhaupt nicht befremden. Ich erachte es als einen erfreulichen Fortschritt in der Entwicklung unserer Zustände, wenn wir sehen, daß im Mittelalter der Grundbesitz die Voraussetzung für politische Rechte war, später, als das mobile Kapital in den Vordergrund trat, die ses — der Zensus — und dann das allgemeine Wahlrecht der Mensch als solcher, der Staatsbürger als solcher kam und das allgemeine und gleiche Wahlrecht erhielt. Das ist eine fortschreitende Entwicklung nach oben gewesen. Aber, wer leistet im Ganzen in Wahrheit das Meiste? Ich sage: Nicht die Reichen sind es (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern die großen Massen sind es (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Es muß das einmal in aller Deutlichkeit und in aller Öffentlichkeit rückhaltlos von einem Nichtsozialdemokraten gesagt werden (Beifall bei den Sozialdemokraten). Kein Mensch und kein Gemeinwesen ist ein isolierter, lediglich aus seiner eigenen Kraft lebender und zehrender Organismus.

Lösen Sie den Einzelnen, und wenn er Milliardär ist, von der Gemeinde oder vom Staate — er stirbt ab! Trennen Sie die Gemeinde vom Staate und vom Reiche — sie ist in beide eingemauert — sie geht unter! Zeigen Sie mir den Menschen, der im Stande wäre, auch nur das kleinste Vermögen zu erwerben — und hat er es ererbt, so gilt es vom Erblasser — und zu erhalten ohne entwickelte Verkehrstechnik, ohne Eisenbahn, ohne den Schutz des Privateigentums durch Richter, Staatsanwälte, Gendarmen, Gerichtsvollzieher, ohne die Sicherheit des Kredit- und Verkehrslebens, ohne Unterricht in der Schule, alles Einrichtungen, die die Reichen nicht schaffen und nicht allein unterhalten. Wie viel Vermögen wird nicht gebildet aus den Erträgen mit denen der Schutzzoll, dieses Opfer der Allgemeinheit, die Zollbegünstigten bereichert, ferner durch die sogenannte Konjunktur, dieses Kollektivprodukt? Bilden die Höchstbesteuerten in den Schützengräben allein den Wall der Hunderttausende, die ihr Leben in die Schanze schlagen, um den Einbruch der Feinde abzuhalten, damit sie nicht die Fluren verwüsten, auch die Frucht des Großgrundbesitzes in Asche verwandeln, die Fabriken und Privathäuser in die Luft sprengen können? Wer leistet dies? Das Heer! Was ist das Heer? Das Heer ist nicht ein Organismus, der außerhalb des Volkes steht, nein, das Heer ist gar nichts anderes als Volksbestandteil, als staatsbürgerliches Volk, zu neun Zehntel Massenvolk, im Waffenrock mit besonders gestalteten Pflichten unter der Kommandogewalt des Kaisers. Seereskraft ist gar nichts anderes als Volkskraft. Das Gesamtvolk, und zwar in der Hauptsache wieder mindestens zu neun Zehntel die „Masse“, ist es, das als Heer auch im Kriege ihr Blut und als hauptsächlichster Träger der indirekten Steuern die Reichslasten trägt, darunter auch die Seereskosten, also auch zum Blut sein Gut opfert. Die Massen der Armeren sind es in Wahrheit, die der Hauptsache nach die Schlachten schlagen (Sehr richtig! links), und die Siege gewinnen, dieselben ärmeren Massen, die deswegen, weil sie ärmer an Geld sind, nun auch ärmer an Rechten sein sollen. Zu sagen: „Mein“ Heer und „Meine“ Marine, bringt die Gefahr der Verkennung des wahren verfassungsmäßigen Sachverhaltes mit sich (Sehr gut! links). Es gibt nach der Verfassung nur ein deutsches Heer, ein Reichsheer, und es gibt nur eine Kriegsmarine des Deutschen Reichs.

Soweit also der Schutz des Staates und damit auch des in ihm vorhandenen Vermögens durch das Heer in Betracht kommt, ist er im wesentlichen persönliche und sachliche Kraftleistung der großen Volksmassen. Diese ermöglichen und garantieren in der Hauptsache das Vermögen, dem zuliebe sie dann in ihren Rechten verkürzt werden sollen. Ich sage mit allem Nachdruck: In dem Vermögen der Höchstbesteuerten stecken in hervorragendem Umfang starke Gesamtheits- und besonders Massenwerte. Die Existenzmöglichkeit des Vermögens ist an direkte und indirekte Massenleistungen geknüpft.

Und dann bitte ich Sie dringend: Denken Sie einmal über die Frage der Klassenwahl im Lichte der kaiserlichen Osterbotschaft nach! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Warum will der Kaiser, daß das preußische Klassenwahlrecht aufgehoben wird? Ich habe schon gesagt: Weil er „Vertrauen“ zu diesem „treuen, tüchtigen und hochentwickelten Volke“ hat, darum will er den Staat zu einem guten Teil in die Hand der Massen legen; denn das tut man ja mit dem allgemeinen Wahlrecht. Ist aber etwa nur das preußische Volk gemeint? Ist das badische Volk vielleicht weniger treu, weniger tüchtig, weniger hochentwickelt? Wer wollte das behaupten? In der

Osterbotschaft läßt der Kaiser das Gewehr präsentieren vor diesem treuen, tüchtigen und hochentwickelten Volke. Und wir in Baden sollen vor dem Geldbeutel salutieren? Salutiere, wer will; wir Demokraten salutieren da nicht mit (Beifall links). Das ist unsere Stellung zu dieser Frage.

Nun zum Schluß noch einige Worte über das *Frauenwahlrecht*. Keine ernste Frage wird vielfach so salopp und so oberflächlich beantwortet und behandelt wie diese. Man ist des Beifalls der Philister oben und unten — es gibt auch oben solche; man kann auf einem kleinen Standpunkt stehen und doch ein großer Herr, ich sage nicht: ein großer Mann sein — man ist des Beifalls der Philister sicher, wenn man die Aufgabe der Frau damit begrenzt: Die Frau soll Strümpfe stopfen, soll dafür sorgen, daß keine angebrannte Suppe auf den Tisch kommt und soll ihre Kinder hüten und erziehen. Ja, wenn aber die Frau die Strümpfe gestopft und wenn sie, was doch auch vorkommt, freie Zeit hat, was soll sie denn dann tun? Soll sie warten, bis ihr wieder neue Strümpfe in den Strickkorb fliegen, und in der Zwischenzeit vielleicht ein leichtes Romänchen lesen, nur ja kein gutes Buch über den Staat, sie könnte zu gebildet, sie könnte zu aufgeklärt werden. Es wäre ja etwas Furchtbares, wenn das gute, zarte „Weibchen“ etwas anderes wäre als eben das zarte, gute „Weibchen“. Wir wollen die starke „Frau“, auch die Frau, die als Mutter ihre Kinder zu erziehen versteht, „vaterländisch“ zu erziehen versteht, d. h. doch auch zum Staate zu erziehen versteht, denn auch im Hause wird erzogen, aber auch verzogen. Und wenn sie keine Kinder hat? Sie soll heiraten! Ja natürlich! Bringen Sie doch eine Anfrage ein: Wie stellt sich die Großh. Regierung zu der Frage oder was gedenkt sie im Bundesrat zu tun, um dafür zu sorgen, daß ein Kommando an die Männer ergeht: Ihr müßt heiraten! Ihr müßt heiraten, damit die Frau die Pflicht, ihre Kinder zu hüten und zu erziehen, zu erfüllen vermag! In England — Sie haben es gehört — hat das Parlament im Unterhause sich mit großer Majorität für das Frauenwahlrecht erklärt. Und nun frage ich Sie: Ist denn die englische Lady vielleicht gebildeter und tüchtiger als die deutsche Frau? Ja, worum handelt es sich denn eigentlich? Wenn Sie einen Konstitutionalismus wollen, d. h. das ganze Volk zu einem mitentscheidenden Faktor seiner Geschichte erheben, gehört denn dann die Frau nicht auch zum Volke?

Und dann noch eins. Wenn ich über diese Frage gesprochen habe, so betonte ich immer einen Gesichtspunkt besonders scharf. Ich habe meistens keine Antwort darauf bekommen, und wenn eine fiel, war es keine vernünftige. Ich weiß, wir haben hier Gegner des Frauenstimmrechts — wir Demokraten wollen das Frauenstimmrecht nicht bloß für die Gemeinden, sondern auch für den Staat. Sie werden die Antwort geben, ich erwarte es, und da bei uns im Landtag natürlich nur vernünftig geredet wird, werde ich jetzt auch endlich eine vernünftige Antwort bekommen. Also geben Sie mir die Antwort! Ich bitte Sie, geben Sie sie mir! Ich bin für die Belehrung dankbar. Also: Wenn ich mich vor jemanden hinstelle und sage: Höre einmal, ich will über Deine Person zu einem guten Teil verfügen, ich will Dir vorschreiben, welche Freiheit Du haben, die Sphäre, in der Du Dich bewegen sollst, ich will also eine gewisse Gewalt über Deine Person, auch über einen Teil Deines Vermögens haben, ich will bestimmen, in welcher Schule Du und Deine Kinder zu gehen habst, in welchem Geiste diese Schule geführt werden soll, welcher Geist also Dir und Deinen Kindern in

die Seele hineingelegt werden soll, ich will also so auch Deine und Deiner Kinder Kulturentwicklung wesentlich beeinflussen — dann wird mir ein so apostrophierter Mensch sagen: Dann bin ich ja ein modernisierter Sklave! Ich werde ihm zur Antwort geben: Da hast Du ganz recht. In welchem Verhältnis steht dies nun zu dem Frauenstimmrecht? Ich sage: Es gibt kein Gebiet des öffentlichen Lebens, das nicht direkt oder indirekt von der Gesetzgebung bestimmt wird, Personenrecht, Sachenrecht, Vermögensrecht, Steuergesetzgebung, Zollgesetzgebung, Strafrecht, Schulgesetzgebung usw. Nun tritt der Mann der neueren Zeit auf den Plan und erklärt: Ich bin ein Mensch; es widerspricht der Würde des Menschen, daß ich meine Person in so weitem Umfange der gesetzgeberischen Gewalt eines Anderen ausliefere, ohne mein Schicksal selbst mitbestimmen zu dürfen, ich will mir deshalb kein Gesetz gefallen lassen, an dessen Zustandekommen ich nicht direkt oder indirekt durch meine Vertreter mitgewirkt habe. Und so ist der Mann auch zu seiner politischen Subjektstellung gekommen. Man hat dieses Recht der menschlichen Würde in der Person des Mannes anerkannt, und man respektiert es. Wie steht es aber bei den Frauen? Gibt es irgend ein Gesetz, das die Frau sich nicht gefallen lassen muß? Wird nicht auch die ganze persönliche Lebensgestaltung der Frau durch die Gesetzgebung bestimmt? Haben infolgedessen nicht diejenigen Gewalt über die Person, über den Menschen in der Frau, teilweise über ihr Vermögen, ihre Kultur, die die Gesetze machen, d. h. allein die Männer? Mit welchem Rechte verlangen die Männer, daß sie sich kein Gesetz gefallen lassen müssen, an dessen Zustandekommen sie nicht mitgewirkt haben, wenn sie das gleiche Recht der Frau nicht einräumen wollen? Hat diese weniger Menschenwürde als jene? Muß sie politisches Objekt bleiben? Bitte geben Sie mir also die Antwort auf diese Frage.

Ich gehe weiter und sage: Gerade die Frau als solche soll in der Politik mitwirken, denn es gibt Gebiete, die die gesetzgeberische Mitwirkung der Frau als solcher erheischen. In einer Reihe von Angelegenheiten, Ehe-sachen usw., ist es nötig, daß die Frau mitspricht.

Sie sagen, die Frau treibt die Politik mit dem Herzen. Das ist ganz gut. Man soll überhaupt gar keine Politik treiben ohne Beteiligung des Herzens. Das Herz ist der Tempel, in dem die Gebotstafeln der Humanität aufgestellt sind. Und wenn Sie sagen, die Frauen wollen das Stimmrecht meistens selbst garnicht, so ist dies ein bedenklicher Einwand. Wenn ich ein Recht habe und Andere haben es auch — soll mir dann mein Recht verwehrt werden, weil die Anderen das ihrige nicht ausüben wollen. Dies ist eigentlich sinnlos. Wenn es noch viele Frauen nicht wollen, so mag dies daher kommen, daß sie nicht wissen, welche Rechte sie haben. Wenn sie es wissen und sie empfinden in der ihnen zuteil werdenden Behandlung keinen Verstoß gegen ihre Würde, so würde ich dies bedauern. Ich darf aber annehmen, daß die Mehrzahl nicht weiß, was sie zu fordern berechtigt ist.

Und dann darf ich Sie nochmals darauf aufmerksam machen, was ich schon angedeutet habe, daß die Politik für die Frau auch um deswillen sehr wichtig ist, weil ein gewisses Wissen von Staat und damit von der Geschichte zur Allgemeinbildung gehört, weil die Frau als Mutter im Hause zu erziehen hat. Sie erzieht nicht dadurch, daß sie die Kinder vor sich hinsetzt und ihnen erklärt, jetzt werdet ihr erzogen, sondern sie erzieht durch das, was sie ist, was sie sagt, gelegentlich spricht. Es wird im Haus politisiert, ob man es will oder nicht, aber wie! Es wäre

wirklich gut, wenn eine gebildete, vernünftige Mutter manchmal ein vernünftiges Wort dazu spräche. Die Frau erzieht auch das männliche Geschlecht; aus der Schule des Hauses gehen die künftigen Staatsbürger und die künftigen Wähler hervor, und in ihnen liegt viel von dem, was die Mutter in sie hineingelegt hat. Erzieherisch kann sie aber nur geben, was sie selbst in sich hat.

Und wenn man schließlich geltend macht, es würde dieses Recht bestimmten Parteien zugute kommen, so verfangt das nicht. Ganz gewiß würde die Zentrumsparlei und die sozialdemokratische Partei zunächst dabei gewinnen. Zunächst! Was weiter zu geschehen hätte und geschehen könnte, darüber will ich hier nicht sprechen. Aber ich sage: Wer den Konstitutionalismus will, muß auch seine Konsequenzen ertragen. Wenn man einmal will, daß der Wille des Volkes zur Geltung kommt, so muß man ihn auch so nehmen, wie er ist. Man muß den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen, oder den Mut haben, ihn überhaupt abzuschaffen. Die Theorie von dem Akt, den eine Partei, auf dem sie sitzt, nicht abjagen darf, ist in meinen Augen ein forumpierender Opportunismus.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Eine unendlich große Anzahl von Aufgaben liegt vor uns. Zu deren Lösung bearf es des denkenden Kopfs, des mitfühlenden Herzens und des starken sozialen Willens. Wir wollen an das denken, was sein soll und was werden soll, aber zunächst die Pflicht nicht außer Acht lassen, das in Auge zu behalten, was ist, was die Gegenwart erfordert. Unser Schiff schwimmt auf hochgehender See, umtobt von gewaltigen Stürmen, die es in den Meeresgrund hinunterstoßen möchten. Wir wollen unser Schiff an das ersehnte Ufer bringen, das ganze Schiff, nicht ein Schiffswrack. Je höher unser Volk das Ziel bewerten darf, das man ihm in sichere Aussicht stellt, umso größer wird auch die Kraft sein, mit der es die feindlichen Stürme bändigt und sich durch die Fluten hindurchringt. So mag denn unser Blick auf die Gegenwart und die Zukunft unserer Arm stahlhart, unseren Mut unbeugsam und unseren Siegeswillen unerschütterlich machen. So möge unser deutsches Volk herausragen aus dem stürmischen Meer der Welt als der starke Fels, an dem die Brandung der feindlichen Elemente zerschellt und kraftlos zusammenbricht, aber auch als der weithin in die Höhe ragende Leuchtturm, auf den die Menschheit getrost ihren Blick richten kann und darf, wenn sie den rechten Weg sucht. So möge unser deutsches Volk durch unablässige, zielbewußte Arbeit an sich selbst in sich die geistige und sittliche Kraft gewinnen und mehren, die es befähigt, den deutschen Volksstaat aus sich heraus und in die Höhe zu bauen, den Staat, der als eine fernhin leuchtende kulturelle, zivilisatorische und soziale Großmacht dasteht, den Staat, der in sich den Geist, das Wesen schafft und aus sich heraus ausgießt, an dem dann in Wahrheit Volk und Menschheit genesen können (Beifall bei der fortschr. Volkspartei und den Sozialdemokraten).

Abg. Fischer (rechtsit. Bg.):

Wenn man die Reden in diesem Hohen Hause hört, dann könnte man wirklich glauben, wir lebten im tiefsten Frieden. Wir sind aber doch in einer sehr ersten Zeit zu einer außerordentlichen Tagung einberufen. Hoffentlich sind es die letzten Sitzungen, die wir in diesem mörderischen Ringen um Sein oder Nichtsein halten müssen. Aber ich glaube, wir sollten das schöne Wort, das Seine Majestät der Deutsche Kaiser am 4. August 1914 gesprochen hat: „Ich kenne keine Parteien mehr“, doch

über diesen Krieg aufrecht erhalten (Beifall rechts). Wenn wir den ordentlichen Landtag wieder im Frieden beginnen, dann haben wir besser Zeit, uns über diese Dinge zu unterhalten und auszusprechen, sie uns zu überlegen, und wir können dann mit Ruhe arbeiten. Wer kann heute sagen, wie dieser unglückselige Krieg noch endet. Obwohl ich alles Zutrauen zu unseren Feldgrauen drauhen an der Front habe, daß sie die Feinde nicht in unsere Gauen hereinkommen lassen, so können wir heute doch noch nicht bestimmen, was wir in Zukunft zu tun haben. Und wenn nach Beendigung des Kriegs die größte Sorge, die wir haben, die ist, ob wir das Frauenwahlrecht beschließen wollen oder nicht, dann, glaube ich, ist eine Volksvertretung gut daran (Sehr richtig! rechts).

Wir finden unsere Frauen zu gut, als daß wir sie in die Wahlkämpfe hinauswischen. Alle Achtung vor unseren Frauen! Sie haben großes in unserer Vaterlande geleistet; das wird ihnen wohl niemand bestreiten. Sie besorgen während des blutigen Ringens den inneren Dienst in der Haushaltung und in der Familie, während die Männer drauhen bluten und ihr Leben opfern, und diesem schönen Dienst, den unsere Frauen aufopfernd besorgen, wollen wir sie nach einem glücklichen Frieden, den wir hoffentlich bald bekommen, auch wieder zuführen. Ich weiß nicht, wo die Frauen sind, die sich nach der Ansicht des Herrn Kollegen M u s e r in der übrigen Zeit, wenn sie mit der Kindererziehung zu Ende sind, mit Politik beschäftigen sollen. Herr Kollege M u s e r, gehen Sie zurzeit aufs Land und fragen Sie die Frauen auf dem Land, woher sie übrige Zeit bekommen sollen, um noch Politik zu treiben! Da würden Sie ein deutliches Nein hören (Lebhafte Zustimmung rechts).

Es ist diese Woche eine Frau aus einem Nachbardorf in meine Wohnung gekommen und hat nach dem Bürgermeister gefragt. Meine Frau hat ihr Antwort gegeben, und auf einmal fragte die andere: Sind sie denn die Frau Bürgermeister selbst? Sie antwortete darauf mit ja. Meine Frau ist in der Küche bei der Arbeit gestanden, und sie geht den ganzen Tag aufs Feld. Ich will damit kein Lob meiner Frau aussprechen, sondern bloß ein Beispiel anführen. (Abg. M u s e r: Ich meinte doch nur diejenigen, die Zeit haben!). Und so ist es im allgemeinen. Die Frauen sind glücklich, wenn ihre Männer aus den politischen Kämpfen zurückkehren und wir wollen ihnen dieses Edle, das sie haben, daß sie sich nicht daran beteiligen brauchen, nicht rauben. Ich glaube, wenn Sie eine Abstimmung durchs Land vornehmen würden, und diejenigen Frauen, die gewillt sind, sich an den politischen Kämpfen zu beteiligen, sich melden sollten, so würden Sie sehr wenige finden (Sehr richtig! rechts).

Was das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden auf dem Land betrifft, so glaube ich ruhig sagen zu können, daß es eigentlich auf dem Lande gar keinen Anstoß erregen würde, wenn es abgeschafft würde. Denn auf dem Lande kommt es mehr als einmal vor, daß gerade Wähler aus der 3. Klasse Angehörige der 1. Klasse wählen, und das aus dem Wahlvorschlagn der 1. Klasse manchmal einer gestrichen werden muß, weil er schon von der 3. Klasse gewählt wurde. Es könnte nicht als allzugroßer Verlust betrachtet werden, wenn dieses Wahlrecht abgeschafft würde.

Was das Proportionalwahlverfahren anlangt, so habe ich aber eine etwas andere Ansicht als der Herr Abg. M u s e r. Der Abgeordnete muß mit seinem

Wahlbezirk verwachsen sein, er muß die Verhältnisse kennen. Wir sind doch hier nicht, will ich einmal sagen, nur Partei, wir haben doch hier nicht vor allem Parteilichen zu vertreten, sondern es heißt zunächst: Das Volk und die Stände müssen vertreten sein. In jedem Bezirk ist es daher unter Umständen etwas anders. Es fühlt sich vielleicht mancher bewogen, sich in dieser oder jener Hinsicht als Sachverständiger aufzuwerfen, die er nicht kennt. Ich will Ihnen ein Beispiel dafür angeben. In dem Landwirtschaftlichen Wochenblatt hatte einer angefragt, wie Grünkern bereitet wird. Darauf hat ein Herr, der sich auch als Sachverständiger berufen fühlte, geschrieben: „Grünkern wird gewonnen, indem man den Spelz in der Milchreife schneidet und die Ähren in der Sonne dörret; die Körner fallen dann von selbst aus.“ (Lachen rechts.). Bei uns wird keine Grünkern gepflanzt; aber wie ich von meinem Freund Hertle erfahren habe, wird der Grünkern anders behandelt, er wird durch künstliche Hitze gedörret und mit dem Dreißflegel oder mit der Maschine gedroschen. Wenn an mich die Frage gerichtet worden wäre, wie man Grünkern behandelt, würde ich der Wahrheit die Ehre gegeben und gesagt haben, ich weiß es nicht. Es wäre unter Umständen manchmal besser, wenn einer sagen würde, ich kenne die Sache nicht, als daß er sich, hauptsächlich in dieser schweren Zeit der Ernährungsfragen, bewogen fühlt, als Sachverständiger in landwirtschaftlichen Dingen aufzutreten und es dann heißt: Nach dem Urteil Sachverständiger ist es so und so. Mancher bildet sich ein, weil sein Urgroßvater vom Lande stammt, auch noch Sachverständiger zu sein. Darunter leidet aber unsere Landwirtschaft sehr.

Was die Schule anlangt, so möchte ich der Großh. Regierung diese edle Sache aufs wärmste empfehlen. Wenn wir bedenken, daß wir in diesen 3 Jahren auf dem Land bereits den ganzen Sommer durch Ferien machen müssen, weil die Jungen leider allzufrüh zur Arbeit herangezogen werden müssen, so müssen wir doch bitten, daß wenigstens für den Winter die garnisondienstfähigen Lehrer, deren wir viele haben, vom Militärdienst befreit und dem Schulfach zugeführt werden (Sehr richtig! rechts). Ich habe schon über ein Jahr die Kontrolle über die Gefangenen, ich habe einige Kollegen von Lehrern bei mir gehabt, die Gefangenenlager besuchten, ich habe sogar in einem Ort einen gehabt, der Gefangenenwächter war, also Wachmann auf dem Land. Ich glaube doch, diese Herren würden weit mehr für die spätere Zeit und für die Allgemeinheit leisten, wenn man sie wieder ihrem Beruf zuführen würde, und ich glaube, sie würden sich dann auch glücklich preisen (Sehr gut! rechts).

Ich gebe dem Herrn Kollegen K o l b vollständig darin recht, daß eine Verbesserung der Volksschule notwendig ist. Was kann aber ein Lehrer eigentlich in der Volksschule leisten? Diejenigen, die in die Mittelschule gehen, tun dies aus eigenem Interesse oder wenigstens aus Interesse der Eltern. Wie ist es aber mit der Volksschule? Ich garantiere dafür, daß, wenn wir keinen Schulzwang hätten, nicht die Hälfte der Schüler die Volksschule besuchen würden. Wie kann man aber dann von einem Lehrer, der es mit Kindern zu tun hat, die nur mit Gewalt in die Schule hineingebracht werden, verlangen, daß er das Gleiche leistet, wie ein anderer Lehrer, der Kinder zu unterrichten hat, die freudigen Herzens in die Schule kommen oder die von ihren Eltern dazu angehalten werden, etwas zu lernen. Bei solchen ist es doch viel leichter, Lehrer zu sein und in der Schule

Erfolge zu erzielen. Aber da gerade die Mittelschulen diejenigen Schulen sind, die von Minderbemittelten besucht werden, so möchte ich beantragen, daß die Kosten vollständig von der Staatskasse getragen werden, daß den Eltern, die aus ihren Kindern etwas werden lassen wollen, nicht dadurch ein Hemmschuh angelegt wird, daß sie für die Kosten aufkommen müssen.

Der Herr Kollege Kolb hat von der Abschaffung der Ersten Kammer gesprochen. Ich glaube, in der jetzigen Zeit wollen wir uns mit dieser Frage nicht beschäftigen. Bis jetzt haben wir gut nebeneinander gearbeitet. Wir haben ja draußen auf dem Land und in der Stadt auch Bürgerausschuß und Gemeinderat. Was bei deren Abschaffung erprießliches herauskommen soll, weiß ich nicht.

Aber eine andere Kammer liegt mir etwas schwer am Herzen, und das ist die Landwirtschaftskammer. Von verschiedenen Seiten wurde ihre Tätigkeit gerühmt. Sie hat gewiß schon viel Segensreiches gewirkt, hat aber auf dem Lande auch schon viel Erbitterung hervorgerufen u. dadurch die Verhältnisse zwischen Stadt und Land eigentlich nicht gebessert (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Man kann in der Zeitung lesen: „Jeder Landwirt, der Brotgetreide verfüttert, versündigt sich am Vaterland!“ und daneben steht fett gedruckt: „Landwirte, unterzeichnet einen Mästvertrag, dann liefern wir Euch Weizen-, Roggen- und Gerstenschrot.“ Was glaubt man, daß da in die Seele des Landwirts hineingepflanzt wird, wenn man das letzte Hintertorn vom Land holt und verlangt, daß der Landwirt Butter Milch und Eier abliefern und die Landwirtschaftskammer stellet Getreide zur Verfügung in Menge — ich garantiere, und ich habe es selbst gesehen, es ist Weizenchrot gekommen, woraus die Bauern Weizenmehl zum Backen herausgießt haben —, wenn man solche Sachen sieht, so braucht man sich nicht wundern, wenn die Leute zuletzt sagen: Wo soll eigentlich Gerechtigkeit sein?

Der Herr Minister hat lezhin meinem Freund Schöpfler erwidert, er solle nicht in diesem Sinn bei seinen Bauern agitieren, sonst würde er nicht segensreich wirken. Ich halte es für die Pflicht eines Abgeordneten, hier in diesem Hause die Wahrheit zu sagen, nicht zu heucheln und nicht zu schmeicheln. Es wäre jammer-schade, wenn durch falsche Behandlung dieses Standes der unglückliche Krieg verloren ginge. Der Herr Kollege Rebnann hat vorige Woche gesagt, der Gemeine schimpfe über den Gefreiten, der Gefreite über den Unteroffizier und so schimpfe man bis zum General. Solange geschimpft wird, halte ich es nicht für schlimm. Aber manchem Landwirt muß man ins Gewissen reden. Wenn er einen Strafzettel bekommen hat, sagt er: „Ich pflanze nur noch, was ich brauche“, und aus diesem Grunde möchte ich dringend bitten, auch die Wünsche der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Ich halte gewiß keinen für einen Ehrenmann und trete nicht für einen ein, der nicht seine Pflicht dem Vaterlande gegenüber tut, der zwischen Stadt und Land immer mehr einen Keil treiben will, sondern ich sage: Der Keil zwischen Stadt und Land muß verschwinden! Das können wir aber nur dann erreichen, wenn wir Hand in Hand miteinander arbeiten.

Ich will noch ein weiteres Beispiel über die Landwirtschaftskammer anführen: Unsere Pferde hat man seinerzeit enteignet, wir haben 700, 800 bis 1000 M. für die besten bekommen. Heute stellt man uns kriegsunbrauch-

bare Pferde hin, die man im Frieden nicht einmal um den Metzgerpreis gekauft hätte, und die müssen versteigert werden. Überall Höchstpreise, warum denn hier nicht? Es werden ja wieder Prozente verteilt, aber im Volke fragt man: Aus welchem Geld ist denn der Fockheimer Exerzierplatz erworben worden? Doch nicht aus den Prozenten, die wieder verteilt worden sind! Wir haben Höchstpreise für das Vieh. Da haben wir neulich einen Fall gehört von Herrn Kollege Neck, wo eine Frau wegen Überschreitung dieser Höchstpreise mit mehreren Hundert Mark bestraft worden ist. Und der Herr Kollege Ziegelmeyer war neulich als Sachverständiger bei einer Verhandlung in Bruchsal, wo eine Frau um 900 M. und eine andere um 100 M. bestraft worden ist, eine davon war auch noch eine Kriegerfrau, weil sie den Höchstpreis überschritten hatten. Wie kann man für Nutzvieh Höchstpreise festsetzen? Das ist gar nicht denkbar.

Präsident Rohrhurst:

Herr Kollege! Sie kommen auf das Thema zurück, das wir in der letzten Woche abgewandelt haben. Die Frage der Höchstpreise usw., das ist alles in der letzten Woche im Zusammenhange mit den Ernährungsfragen behandelt worden.

Abg. Fischer (rechtsst. Bg.):

Der Herr Präsident wird das entschuldigen. Ich halte es für wichtiger, daß man über diese Sachen spricht, dann kann die Regierung sich darnach richten.

Präsident Rohrhurst:

Herr Kollege! Es kommt nicht darauf an, was Sie für wichtiger halten, sondern welches Thema zur Beratung steht. Ich möchte Sie also nun bitten, wieder zu den politischen Fragen zu kommen.

Abg. Fischer (rechtsst. Bg.):

Wenn man also nur über Politik sprechen soll, da habe ich von Anfang an meine Meinung begründet. Und wenn man dies für wichtiger hält, als daß man über die wirklich bestehenden Mißstände ein freies Wort spricht, so muß ich eben auf das Wort verzichten.

Präsident Rohrhurst:

Ich muß diese Behauptung zurückweisen. Sie haben in der letzten Woche Gelegenheit gehabt, sich über diese ganzen Fragen eingehend auszusprechen, und es ist Ihnen das Wort in weitestgehendem Maße gestattet worden. Es handelt sich aber heute um die Erörterung politischer Fragen. Ich habe Ihre Ausführungen über die Landwirtschaftskammer zugelassen, weil man das noch in den Rahmen der politischen Fragen bringen konnte. Wenn Sie aber das ganze Thema der Höchstpreise für Vieh wieder anschneiden, so geht das weit über den Kreis unserer heutigen Erörterungen hinaus. Ich möchte bitten, fortzufahren. Ich lasse gewiß in weitestem Maße Redefreiheit zu, aber wir dürfen das Alte nicht immer wieder aufgreifen.

Abg. Fischer (rechtsst. Bg.):

Der Herr Präsident wird entschuldigen, bei meinen Ausführungen über die Höchstpreise dreht es sich gerade um die Landwirtschaftskammer. Wenn die Landwirtschaftskammer Vieh versteigert, während man für alle

Anderen Höchstpreise festsetzt, so bringt das Unzufriedenheit in die Bevölkerung draußen auf dem Land und es gibt dort auch Umwälzungen in den politischen Verhältnissen. Man muß nicht denken, daß der Bauer draußen schläft; er beobachtet die Vorgänge auch; und wenn der Bauer einmal verärgert worden ist, bringt man das nicht leicht wieder aus ihm heraus. Meine Ausführungen hätten sich nur noch darauf bezogen, ich werde also auf Weiteres verzichten.

Zur Geschäftsordnung erhalten das Wort:

Abg. K o p f (Zentr.):

Ich habe die Auffassung und meine Freunde teilen sie, daß in der allgemeinen Finanzdebatte nach altem Herkommen eigentlich über Alles gesprochen werden darf. Es ist natürlich nicht wünschenswert, garnicht wünschenswert, daß man zurückgreift auf Dinge, die schon besprochen worden sind. Aber das Recht, daß man in dieser allgemeinen Finanzdebatte auch wirtschaftliche Fragen vorbringen kann, möchte ich nicht ausgeschlossen wissen. Ich bin der Auffassung, daß der Herr Kollege F i s c h e r berechtigt ist, über diese wirtschaftliche Frage der Höchstpreise auch heute zu reden.

Präsident R o h r h u r s t:

Wenn das Haus das wünscht, lasse ich es zu. Aber ich bitte, sich die Frage zu überlegen, wohin wir kommen, wenn wir schon erledigte Gegenstände nochmals zum Gegenstand der Erörterung machen. Ich erinnere daran, daß das Präsidium von allen Seiten gedrängt wird, die Verhandlungen zu einem Abschluß zu führen. Das ist aber nicht möglich, wenn wir alle diese Dinge von neuem wieder aufgreifen.

Abg. K o l b (Soz.):

Der Auffassung des Herrn Kollegen K o p f könnte man zustimmen, wenn nicht unmittelbar vor dieser Debatte mehrere Tage des Langes und Breiten über diese Fragen gesprochen worden wäre. Es handelt der Herr Präsident durchaus im Interesse des Hauses, wenn er sagt, wir wollen jetzt nur die politische Debatte führen.

Abg. Dr. S c h o f e r (Zentr.):

Ich trete der Auffassung des Herrn Kollegen K o p f bei. Wir sind ja diesmal in etwas anderer Lage als sonst, weil wir die allgemeine Debatte an den Schluß gelegt haben statt an den Anfang. Das legt gewiß den Rednern, soweit sie früher Gelegenheit hatten, um das Wort zu ergreifen, eine gewisse Reserve auf. Ich habe in der früheren Debatte auch geschwiegen, ich behalte mir darum vor, einzelne Punkte jetzt wenigstens kurz zu streifen, die ich besprochen hätte, wenn ich das Wort früher genommen hätte. Ich habe mir gesagt, die Generaldebatte gibt dir noch die Möglichkeit, diese Dinge per modum exempli noch einzuflechten. Auf das Recht also, das, was der Redner für gut hält, in diese allgemeine Debatte noch einzuflechten, kann m. E. nicht gut verzichtet werden im Interesse der übrigen Kollegen, die früher das Wort nicht genommen haben.

Präsident R o h r h u r s t:

Ich mache auf die Besprechung aufmerksam, die wir zu Beginn unserer Tagung gehabt haben. Wir haben damals

beschlossen, alles, was die Ernährung betrifft, in einer Beratung zusammenzufassen. Das ist nun nach meinem Dafürhalten vor kurzem geschehen. Wir haben weiter beschlossen, die politischen, die schulpolitischen und kirchenpolitischen Fragen an den Schluß der ganzen Erörterung zu stellen. Wenn das Haus nun wünscht, daß ich eine allgemeine Debatte über alle bereits erledigten Dinge zulassen solle, füge ich mich selbstverständlich; aber ich frage: Wann sollen wir zu einem Abschluß kommen? Wenn der Herr Kollege F i s c h e r die Frage der Höchstpreise wieder anschnidet, und das Haus ist damit einverstanden, so bin auch ich sofort bereit, die Erörterung zuzulassen. Aber es muß dann auch jedem anderen Kollegen dieselbe Freiheit eingeräumt werden, und dann kommen wir zu keinem Ende.

Abg. Dr. S c h o f e r (Zentr.):

Ich teile die Befürchtung des Herrn Präsidenten nicht, daß ein uferloses Reden der 72 Herren beginnen wird. Ich nehme an, daß nach den Abmachungen von jeder Fraktion nur zwei Redner sprechen werden. Diesen wird nur die Möglichkeit vorbehalten, das Eine oder Andere, was sie in der früheren Debatte nicht gesagt haben, vorzubringen. Der Herr Kollege F i s c h e r sieht ohnehin nicht in dem Verdacht, daß er zu lange Reden halte. Wir haben heute eine zweistündige Rede gehört, während der Herr Kollege F i s c h e r vielleicht 25 Minuten gesprochen hat.

Präsident R o h r h u r s t:

Es handelt sich nicht um die Länge der Reden. Wenn es sich darum handeln würde, hätte ich schon manche Rede abgekürzt (Steierkeit). Es handelt sich um den Inhalt der Reden, und da bin ich an die Vereinbarungen gebunden. Es erscheint mir nach den heutigen Erörterungen fraglich, ob künftig wieder Vereinbarungen getroffen werden können.

Abg. F i s c h e r (rechtsst. Vg.):

Ich möchte bitten, daß man nicht mehr weiter über diese Frage verhandelt. Ich habe mich einverstanden erklärt, meine Ausführungen zu beenden. Wenn wir später dann wieder hier zusammenkommen, kann ich dann ja vorbringen, was ich noch zu sagen habe.

In Fortsetzung der Beratung erhält das Wort:

Abg. G e t t (unabh. Soz.):

Es handelt sich hier um die Mitbewilligung einer großen Summe unter dem Namen „Kriegskredite“; es sind aber Gelder, die dazu bestimmt sind, den Notbedürfnissen der großen Bevölkerung des Landes gerecht zu werden nach so langer Dauer des Krieges; und ich zweifle nicht daran, daß das nicht die letzte Rate sein wird, die wir zu diesem Zwecke zu bewilligen haben. Ich bin auch in der Lage, dieser Forderung meine Zustimmung zu geben. Etwas anderes ist es, wenn die Sozialdemokratie zu Kriegskrediten Stellung zu nehmen hat wie im Reichstag. Dort handelt es sich darum, wer die Verantwortung für den Krieg und dessen weitere Dauer zu tragen hat.

Nun war man hier verschiedener Meinung darüber, ob gerade bei diesem Anlaß die großen politischen Forderungen der Parteien im badischen Landtag zur Geltung

gebracht werden sollen. Es geschah seitens der sozialdemokratischen Partei durch die Vorlegung eines sog. Aktionsprogramms, das auf einer Landeskonferenz in Offenburg beschlossen worden ist. Der Erfolg war, daß dieses sozialdemokratische Aktionsprogramm seitens der Regierung vollständig, seitens der bürgerlichen Parteien nahezu einstimmig zurückgewiesen worden ist. Dieses beklagenswerte Resultat bringt allerdings für diejenigen keine Überraschung, die dem bekannten Worte des Abg. Bebel Glauben schenken: Die Sozialdemokratie möge im Kampfe um ihre Grundsätze und Forderungen einmal den bürgerlichen Parlamentariern auch nur solche Vorschläge praktischer Art machen, die sich im heutigen kapitalistischen Staat verwirklichen lassen, und sie wird sehen, daß sie mit derselben Entschiedenheit zurückgewiesen werden, wie die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie, die im sozialen Staate erfüllt werden können. Was wir hier als Aktionsprogramm vor uns haben, das sind keine spezifisch sozialdemokratischen Ziele, das sind Forderungen, die die bürgerliche Demokratie seit Jahrzehnten zu den ihren machte, so lange sie den Charakter der Demokratie, der heute vom Herrn Abg. Muser in so ausführlicher Weise geschildert worden ist, nicht abstreifte. Solche Forderungen sind auch vom Liberalismus in anderen Ländern vertreten worden. Es sind darunter Forderungen, die auch das Zentrum mit seinem demokratischen Einschlag der Vergangenheit eigentlich anerkennen und unterstützen mußte. Ich sage, Bebel hat also vollständig recht bekommen: Sie stehen einem quod non glatter Abweisung gegenüber.

Und wie ist nun dieses sozialdemokratische Aktionsprogramm zustande gekommen? Was vielleicht eine Verstimmung in den bürgerlichen Kreisen erregen könnte, mußte aus diesem Aktionsprogramm herausbleiben, eine der wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie, das Frauenwahlrecht, wurde auf Anregung des Abg. Kolb — ich glaube, er ist es gewesen — aus dem Programm herausgelassen, der, wenn die Frauenzeitung gut berichtet ist, sogar erklärte, es sei gegenwärtig eine reaktionäre Tat, für das Frauenwahlrecht im badischen Landtag einzutreten. Ich kann dies nur aufs tiefste beklagen, auch schon aus dem Grund, weil die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien rechts und links von ihr es überlassen hat, wenigstens eine teilweise Einführung des Frauenwahlrechts hier zu fordern.

Und nun gehen wir aus diesem außerordentlichen Kriegslandtag nach Hause zum Volk, zur Arbeiterschaft, zur großen sozialdemokratischen Masse — die man „der Regierung zuführen“ wollte — mit leeren Händen und sagen uns, daß selbst das einfachste Verlangen an den heutigen Staat in Baden zurückgewiesen worden ist in dem feierlichen Augenblick des Anerkennens solch namhaften Anteils, den das Proletariat in Deutschland an dem Kampfe dieses schrecklichen Völkerringens gehabt hat. Ihm müssen wir sagen: Seht, in dieser Weise ist man Euch von seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien entgegengekommen! Wie anders aber kehrt das Zentrum heim! Mit vollen Taschen, möchte ich sagen. Denn heute haben wir selbst aus dem Munde der alten Kulturkämpfer gehört, daß die Streitart begraben ist.

Was aber noch ein Ende hat — und das ist doch auch eine erfreuliche Erscheinung für die Sozialdemokratie —, das ist die Großblockpolitik. Die Art, wie der Abg. Kolb seine Forderungen und seinen politischen Standpunkt hier vorgetragen hat, ist eine vollkom-

mene Kriegserklärung an die taktische Vergangenheit der sozialdemokratischen Partei Badens. Er konnte nicht anders nach der Zurückweisung des sozialdemokratischen Aktionsprogramms insbesondere von der liberalen bürgerlichen Seite, mit der bei den Wahlen im badischen Landtag gemeinsam der Kampf gegen die andere Seite des Hauses geführt worden ist. Es ist beim Herrn Abg. Kolb aufgefallen seine Schärfe und außerordentliche Erregung. In der Zeit zwischen der Offenburger Tagung und der Kommissionsberatung des Landtags hat wegen der Abweisung des Aktionsprogramms in der Kommission die Presse der Sozialdemokratie empfohlen, nun aber eine andere Taktik einzuschlagen, schärfer vorzugehen, also ein Scharfmachen gegen die Regierung und gegen die bürgerlichen Parteien. (Abg. Kolb: Machen Sie doch einmal scharf! — Heiterkeit). Was meine Person anbelangt, so beklage ich diese Wendung der Dinge nicht, weil ich darin eine Rückkehr der badischen Sozialdemokratie zur deutschen Partei erkenne, nach der Rolle, die sie im letzten Jahrzehnt gespielt hat. Es ist kein Geheimnis, daß der Sprecher der sozialdemokratischen Partei, der das Aktionsprogramm hier zu vertreten hatte, zu denjenigen Parteigenossen gehört, die auf dem äußersten rechten Flügel stehen und die selbst von der heutigen Parteileitung und von allen Parteinstanzen als diejenigen angesehen werden, die eigentlich nur noch formell einen Zusammenhang mit der Partei haben (Heiterkeit), während sie theoretisch und praktisch reformistisch-sozialistisch sind, sich also mit einem Fuße bereits im bürgerlichen Lager befinden (Abg. Kolb: Sie stehen mit zwei Füßen darin!). Wenn Sie in der letzten Nummer des wissenschaftlichen Organs der Sozialdemokratie den Artikel gelesen haben, den der Genosse Markwald geschrieben hat, so finden Sie das klipp und klar auch dort bestätigt, was ich soeben ausgeführt habe.

Es kommt noch das Merkwürdige hinzu, daß gerade die Offenburger Konferenz, welche diese leichte programmatische Aufgabe an den badischen Landtag gestellt hat, zugleich auch eine Resolution über die künftige Taktik der badischen Sozialdemokratie gefaßt hat. In dieser Resolution ist neben einem Ausfall gegen die äußerste Linke insbesondere betont, daß die Konjunktur ein Auge darauf haben sollen, daß die Partei in Baden nicht mehr weiter rechts geführt wird, als das bisher der Fall gewesen ist. Für diese Warnung haben, so viel ich weiß, alle gestimmt (Abg. Kolb: Warum nicht?), die bei der Konferenz in Offenburg anwesend waren. Ich glaube, der Herr Abg. Kolb hat selber dafür gestimmt, daß es jetzt nicht mehr weiter nach rechts gehen soll (Heiterkeit im Zentrum). Das hat mich sehr befriedigt. (Abg. Kolb: Mich auch! — Heiterkeit). Ich hoffe, daß, wenn auch die Lehre aus unserer jetzigen Tagung noch ihr Weiteres dazu beiträgt, auch die badische Sozialdemokratie in Zukunft wieder den alten Kurs mit der deutschen Sozialdemokratie marschieren wird, den Kurs, der uns dahin führen wird, daß die jetzt zersplitterte deutsche Sozialdemokratie die durch die Übermacht des Krieges auch notgelitten hat, sich wieder zusammenfindet in der großen gemeinsamen Aktion, wie sie zur Zeit der großen Führerschaft unter Bebel und Anderen bestanden hat (Abg. Rösch: Sie haben keine praktische Arbeit geleistet!). Ach, verehrter Abg. Rösch, die Frage von der praktischen und nicht praktischen Arbeit habe ich neulich in meinem Vortrage bereits erörtert, und ich glaube, es ist außer Ihnen niemand in diesem Hause, der nicht eingesehen hat, daß es eminent praktische Ar-

beit gewesen ist, die wir Alten leisten wollten. Daß es damals nicht so weit gekommen ist, war eben nicht meine und unsere Schuld, und daß man es jetzt einsieht, was damals gegen unsere praktische Betätigung gefehlt worden ist, das ist eine Sache, die für uns und nicht gegen uns spricht.

Nun ist hier die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie seitens des Herrn Abg. Kolb vorgetragen oder dahin beantwortet worden, daß die Sozialdemokratie einen modus vivendi mit der Monarchie eingehen müsse. Man überfieht dabei ganz, daß bei der Schaffung eines derartigen, sagen wir einmal „Hausfriedens“ noch ein Dritter mitzureden hat, nicht nur die Massen des Volkes allein, die „der Regierung zugeführt“ werden sollen, und nicht nur die Krone allein, die, um diese Volksmassen zu gewinnen, sich ihres „feudalen Nimbus“ aus der Vergangenheit entkleiden soll, sondern es kommen noch die Stützen des heutigen Staates, die Stützen der heutigen Gesellschaft hinzu. Das sind aber die Leute, auf die die Regierung in erster Reihe Rücksicht zu nehmen hat, wenn sie durch einen modus vivendi mit der anderen Seite sich, wie es ja ausgedrückt worden ist, „festere Wurzeln für ihre Existenz im Volke schaffen soll“. Aus der ganzen Entwicklung des großen Kampfes, der nun seit bald 40 Jahren zwischen den Führern des aufstrebenden Proletariats und den Inhabern der Macht im Staate gekämpft worden ist, weiß man doch, daß in erster Reihe wirtschaftliche und soziale Differenzen hier die Geister scheiden und daß diejenigen, die im Besitze der Macht sind, das Ohr der Regierung haben und die Klinke der Gesetzgebung handhaben können, von ihrer Macht und ihrem Einfluß im Staate nicht ablassen werden, wenn auch irgendwie ein anscheinend freundschaftlicher modus vivendi zwischen Krone und Sozialdemokratie geschaffen wird. Man ist sich ja nicht mit Revolvern, Dolchen und Gift auf den Leib gerückt, sondern hat — und das steht ja im Erfurter Programm der Sozialdemokratie — grundsätzlich eine republikanische Staatsform erstrebt. Die Sozialdemokraten sind Republikaner und vertreten diese Forderung nicht aus Haß gegen Persönlichkeiten oder Herrschergeschlechter, sondern weil die Republik mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, mit der ganzen Kulturbewegung der Völker zusammenhängt.

Wenn wir einen Blick auf die ganze Welt werfen, so sehen wir, daß die Monarchien überall im Rückgange begriffen sind, daß die Staaten sich ohne gekrönte Häupter behelfen und daß selbst Deutschland, das Land der gekrönten Häupter ohne Beispiel an Zahl, schon im Jahre 1866 damit begonnen hat, dieselbe zu vermindern. Aber immer noch hat kein zweites Land auf Erden so viele Regenten und so viele Höfe aufzuweisen wie gerade Deutschland. Wenn man da „mit altem feudalen Zauber“ aufräumen will, so muß auch im Interesse des Volkes, insbesondere im wirtschaftlichen Interesse hier einmal eine Vereinfachung eintreten. Man wird zunächst schon damit zufrieden sein, wenn man verlangt: Auch Deutschland wird einmal einen Staat geben müssen, über den nur noch einer als Monarch herrscht und in dem die heutige Kleinstaaterei, die auch ein großer Nachteil in der wirtschaftlichen Organisation unseres Kampfes gegen die Kriegsnot gewesen ist, ihr Ende finden mag.

Wir haben von dem Herrn Abg. Kolb gehört, daß er es einem Teil der sozialdemokratischen Genossenschaft zum Vorwurf macht, daß sie sogenannte Katastrophentheoretiker und Revolutionsromantiker seien. Wer diesen Vorwurf schon öfters von ihm gehört

hat, weiß, daß er darauf hinausgeht, daß die alte Auffassung der Sozialdemokratie, wie sie insbesondere Bebel, Engels und Marx vertreten haben, damit getroffen werden soll, aber in einer Weise, die für die Allgemeinheit unklar ist. Niemand von den Sozialdemokraten hält dafür, daß die Entwicklung vom kapitalistischen Staat zum sozialistischen Staat durch gewalttätige Umwälzungen, durch Revolutionen oder Katastrophen herbeigeführt werden muß oder herbeigeführt werden wird. Die Art der Entwicklung ist ja von uns allen allgemein als eine systematische auf Grund verfassungsmäßiger Erweiterungen angenommen. Wer aber leugnet — das hat ja insbesondere der Herr Abg. Kolb in seinem „Volksfreund“ bisher immer getan — daß die Zeit der Revolutionen und Katastrophen ein für allemal vorüber wäre, der hat, glaube ich, in den drei letzten Jahren zur Evidenz nachgewiesen bekommen, daß er sich täuscht. Kennen wir in der Weltgeschichte eine größere Katastrophe, als dieser Weltkrieg sie für die gesamte Menschheit, nicht nur für Europa bedeutet? Hat denn dieser Krieg nicht in gewaltsamster Weise verschiedenes umgeworfen und umgekehrt, das in der Zukunft nicht mehr aufgestellt und nicht mehr gewendet werden kann? Sind im Verlaufe der letzten Jahre nicht so viele revolutionäre Wirkungen in Tätigkeit getreten, nicht genug Throne umgestürzt, nicht genug Monarchen um ihren Sitz gekommen, daß man nicht sagen kann: Die Revolutionen haben fürchterlich gewirkt! Und jetzt haben wir die größte, interessanteste und wirkungsvollste aller Revolutionen von Rußland kommen, also von einer Seite, von der vor Jahresfrist noch niemand eine derartige Prognose zu stellen wagte, wenn er nicht auch als Katastrophentheoretiker und Revolutionsromantiker den Paß in ein Irrenhaus von einem gewissen Herrn bekommen wollte?! Am Ende des 18. Jahrhunderts ist eine derartige gewaltige Welle demokratischer und sozialistischer Umgestaltung aus dem Westen gekommen, der bisher für die einzige Richtung gehalten wurde, aus der der Wind auch in Zukunft den Völkern die Freiheit bringen wird. Heute scheint der Ostwind dazu berufen zu sein, und daß es der Osten gründlich beforcht und die Hoffnung erweckt hat, daß gründlich mit dem Feudalismus aufgeräumt wird, das hat allen Anschein. Mag vielleicht auch noch eine Gegenrevolution kommen — sie wird auf die Dauer den Einfluß nicht weg schaffen können, den die russische Revolution seit wenigen Monaten für ganz Europa, für die ganze Welt gebracht hat.

Ich meine also, diese Erscheinung ist eine Lehre, die auch uns in Deutschland sehr nachdenklich machen muß und unserer herrschenden Klasse und unserer Regierung die Frage stellt: Dürft ihr dem Volke und insbesondere seinen unteren Schichten, dem Proletariat, mit einer derartigen „Neuorientierung“ der Negation ganz bescheidener Forderungen entgegentreten? Dürft ihr das nicht nur in Preußen, dem Hegemoniestaat, von dem man es nicht anders gewohnt ist? Darf das ein Staat, von der Tradition eines liberalen Musterstaates wie Baden?

Ich beklage es sehr, daß gerade unser badisches Land in letzter Zeit den erweiterten Belagerungszustand oder Kriegszustand über sich ergehen lassen mußte. Wir befinden uns im ganzen Land im Bereich des 14. Armeekorps in der militärischen Gewalt, und wenn auch durch eine platonisch klingende Erklärung versichert worden ist, das sei nicht so schlimm, man werde nur mit Sammetpfötchen zugreifen, die Grundrechte der Verfassung, die Freiheiten des Volkes, Preß-, Versammlungs- und Redefreiheit, nicht antasten, nicht das Standgericht

erklären, so wissen wir nicht, was im Laufe der Entwicklung noch geschehen mag. Ich habe es sehr beklagt, daß nicht die badische Volksvertretung schon am ersten Tag, als die Kammer zusammentrat, einstimmig von allen Seiten die Regierung darum ersuchte, gegen die Verhängung des Kriegszustandes über Baden Stellung zu nehmen. (Abg. Kolb: Das ist ja längst geschehen!) Auch in Baden hat sich schon die innerhalb der Sozialdemokratie vorhandene Zwiespältigkeit in der Gründung sogenannter unabhängiger sozialdemokratischer Vereine geltend gemacht. (Abg. Kolb: Das ist nicht so gefährlich!). Ich muß Sie doch bitten, erst abzuwarten, wie die Entwicklung läuft. Wir sehen in Mannheim schon einen sehr schönen Anfang (Abg. Rösch: Bedauerlich!) — bedauerlich wird es jetzt genannt, vorhin war es „nicht so gefährlich“ — einen sehr schönen Anfang und eine Entwicklung, die ich begrüße, weil sie sich auf die alte Sozialdemokratie, auf die Grundsätze ihres bewährten Programms und auf die Beschlüsse ihrer Parteitage gründet, also in der Tat grundsätzlich und disziplinar eine Richtung annimmt, die uns der alten Bewegung wieder näher bringt. Es ist ausgeschlossen, daß die große Zahl der Proletarier und Arbeiter, die in der Sozialdemokratie organisiert waren, bei ihrer Rückkehr aus dem Krieg den Boden der alten Partei verlassen wird.

Wird nun die Regierung im Verein mit der Militärbehörde den aus dem Felde zurückkehrenden Sozialdemokraten es damit lohnen, daß sie unsere Genossen als Bürger zweiter Klasse erklären und ihnen nach der Methode des seligen Sozialistengesetzes eine Ausnahmebehandlung angedeihen lassen will? Verspiert die Regierung wieder die Lust, eine Gegenbewegung zu entfachen, wie jener Druck in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sie erzeugt hat? Der Versuch ist neulich gemacht worden, als in eine Versammlung in Karlsruhe, welche von der sozialistischen Opposition einberufen war, gleich drei Polizeibeamte gesandt wurden. Sieht man es schon als eine ganz besonders gefährliche Sache an, wenn in einem sozialdemokratischen Verein zu Karlsruhe über die Offenburger Konferenz und das vorhin besprochene Aktionsprogramm berichtet werden soll?

Es ist am vorigen Dienstag vor dem Reichsgericht ein Prozeß zur Entscheidung gekommen, der mit der Freisprechung einer Anzahl Sozialdemokraten endete, gegen die eine Anklage wegen Landesverrats, zu legt nur noch wegen versuchten Landesverrats erhoben wurde. Dieser Prozeß hat seinen Ursprung in Karlsruhe, er ist hier im Sommer des Jahres 1915 angestrengt worden. Die Anordnung der Verfolgung, der Verlauf und das Ende des Prozesses ist kein Ruhm für diejenigen, die ihn zu vertreten haben. Man konnte damals der Meinung sein, daß das Flugblatt, welches den Anlaß zur Verfolgung bildete, in einigen seiner Ausführungen so hätte gehalten sein sollen, daß jede Phrase besser unterblieben wäre. Es hat sich um ein Flugblatt gehandelt, das der Internationale Frauenkongreß zu Bern im März 1915 für die gesamten kriegsführenden Länder herausgegeben hat. Dieses Flugblatt hatte den Zweck, die Frauen aller im Krieg stehenden Länder zu gewinnen, eine Propaganda gegen den Krieg zu veranstalten, den Krieg überall als das Verderblichste hinzustellen, was über uns gekommen ist, um seine Bedeutung im Sinne der Beschlüsse der Internationalen Parteikongresse so rasch wie möglich herbeizuführen. Es war ein eminent wichtiger Kongreß und ich glaube, unser verstorbener Kollege Dr. Frank, der vorhin von dem Herrn Abg. Rehmann apostrophiert worden ist,

würde dieser Frauen-Friedenspropaganda seine Zustimmung vollständig gegeben haben.

In Karlsruhe ist dieses Flugblatt in Tausende von Häusern gekommen, von der bürgerlichen Presse ist keine Silbe gegen dieses Flugblatt geschrieben worden. Zu meinem Bedauern ist seine Verbreitung nur in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden. Einige Tage darauf trat die Verfolgung und Anklage wegen Landesverrats ein. Man hatte Leute, Sozialdemokraten, die bisher ein tadelloses Leben geführt haben — einer davon hatte sogar dem Staate in der Eisenbahnwerkstätte seit 15 Jahren seine Dienste geleistet und ist mit einem sehr ehrenden Zeugnis bedacht worden — festgenommen, hat sie viele Monate lang in Haft behalten, bei der Vorführung gefesselt, also behandelt wie Leute, die ein schweres Verbrechen auf dem Gewissen haben. Erst dann, als ein Notschrei gegen diese Behandlung ideal angelegter Menschen in die Öffentlichkeit gedrungen war, ist sie eingestellt worden. Die später Verhafteten sind, wie ich zugestehen muß, besser behandelt worden. Das Reichsgericht hat in seiner Entscheidung den objektiven Tatbestand eines Landesverrats in diesem Flugblatt nicht festgestellt, auch eine subjektive Schuld der Betroffenen nicht gefunden.

Daß es dennoch zu einer Anklage kam, lag in dem geradezu mittelalterlichen Inquisitionsverfahren, das der Richter, der mit der Untersuchung betraut worden ist, gegen die Angeklagten angewendet hat. Dieses Verfahren war der Gegenstand der Kritik vor dem Reichsgericht. Soviel ich aus dem Munde zweier der Beteiligten heute gehört habe, hat die eigene Art, Geständnisse zu erzielen, auf den höchsten Gerichtshof des Reiches keinen guten Eindruck gemacht. Wohin sollen wir kommen, wenn durch alle möglichen, allerdings von einem hohen inquisitorischen Talenten zeugenden Kreuz- und Querfragen versucht wird, einmal durch Schmeicheleien, ein andermal durch Androhung verlängerter Untersuchungshaft aus den Angeklagten Geständnisse herauszubekommen, die sie nicht machen können, einfach, weil sie sich nicht schuldig fühlen? Protokolle anzufertigen, die dann, wenn sie den Angeklagten vorgelesen werden, von ihnen mit Protest zurückgewiesen werden: „Das habe ich nicht behauptet und so wollte ich es nicht gemeint haben“. Mit Gewalt sollte diesem Flugblatt der Stempel einer landesverräterischen Kundgebung aufgedrückt werden. Gerade das badische Land mußte sich diesen Ruhm erwerben; denn nicht in einem einzigen der übrigen Kriegsländer hat man das Flugblatt als landesverräterisch verfolgt. Selbst Preußen, und das will doch viel heißen, hat dieses Flugblatt ertragen können.

Ich habe von einem Mann, der zu gleicher Zeit mit diesem sozialdemokratischen Flugblattverbreitern verhaftet war, wegen einer aus einem Hochhandel entstandenen Anklage, gehört, daß er 104 Tage deswegen in Untersuchungshaft gewesen war. Er ist ein angesehener Mann in einer ländlichen Gemeinde, genießt das Vertrauen seiner Mitbürger als Gemeinderat und ist vom Gericht mit einer kurzen Gefängnisstrafe gebüßt worden. Auch gegen ihn ist eine Inquisition im Untersuchungsverfahren geübt worden. Es ist doch unerhört, daß der verhörende Untersuchungsrichter sich eine Zigarre anzündet, dem betreffenden Angeklagten die Wolken ins Gesicht bläst und sagt: „Sie Staatsbetrüger!“ Ich glaube nicht, daß die Großen, Regierung eine derartige Prozedur für recht und billig und mit Gesetz und Verfassung vereinbar halten will.

Ich möchte ferner wünschen, daß gegenüber den untergeordneten Organen der Kriminalpolizei auch einmal energischer vorgegangen wird, daß sie sich weniger bemühen, auf die Feststellung der Schuld einzuwirken mit Mitteln, die nicht erlaubt sind.

Ich möchte wünschen, daß im nächsten Winter-Landtag die große Frage des Friedens und des Friedenszieles besprochen werden kann. Wie ich gehört habe, ist es gewünscht worden, daß darüber heute nichts gesagt werden soll. Die Ausführungen des Herrn Abg. Rebmann zum Beginn seiner Rede haben die Friedensforderungen der deutschen Sozialdemokratie abgewiesen, die auf eine Verwerfung der Annexionspolitik und der Gewährung von Kriegsschädigung hinausgingen. Damit wäre eigentlich das Recht gegeben, meine dahingehende Auffassung darzulegen. Ich befinde mich darin im Einklang mit der gesamten deutschen Sozialdemokratie, wenige Einzelne ausgenommen. Wir bestehen auf einem Weltfrieden, wir wollen, daß die unsäglichen Opfer, die diese Katastrophe über die gesamte Menschheit gebracht hat, nicht umsonst gebracht sind, sondern daß eine Verständigung der Völker aus ihr hervorgeht, daß diese Verständigung der erste und höchste Preis sein muß. Das viele vergossene Blut und das tiefe Elend, das jeder zu beklagen hat, wird leichter verschmerzt bei der Garantie dafür, daß ein Einigungsband zwischen den Völkern geschaffen wird. Also nicht neuen Zündstoff anhäufen, nicht durch Gewalt- und Annexionspolitik neuen Anlaß geben zu großen Rüstungen und zum neuen Wettlauf um die militärische Macht, die uns der Herr Abg. Rebmann als das Ziel seiner Partei heute dargestellt hat. Wehe uns, wenn das die Folgen des Krieges sein sollen, wenn das Wettüben von neuem beginnt, wenn wir nicht auch auf dem Gebiet der Abrüstungsfrage zu einer großen Verständigung kommen.

Wenn wir früher — und da war unser verehrter Abg. Frank einer der ersten dabei — unsere internationalen Bestrebungen praktisch betätigt haben und mit den Gleichgesinnten anderer Länder zusammengekommen sind, so haben wir die Versicherung gehabt, daß die Möglichkeit einer Verständigung in erster Reihe zwischen Deutschland und Frankreich die grundlegende Forderung gegeben hätte. Ich denke mein Leben an das Schönste, das ich im politischen Leben genießen konnte, an jenen herrlichen internationalen Friedenskongreß in Basel, der Frankreich und Deutschland zusammenbringen wollte. Sie werfen mir ein: Aber wie ist es dann gekommen? Ja haben Sie selber einen Monat vor Kriegsbeginn auch nur daran geglaubt, daß der Anlaß jenes Mordes in Serbien zu einem europäischen Krieg führen kann? Wer von Ihnen hat bis zur letzten Stunde geglaubt, daß deshalb eine solche europäische Entwicklung kommen kann? Daher die Bestürzung und die Unmöglichkeit, sich im letzten Augenblick zu einer sozialdemokratischen Abwehr zusammenzufinden. Es war vielleicht im Interesse derjenigen gelegen, die in allen Ländern als Kriegsschürer und Kriegsförderer am Werk gewesen sind, weil der Krieg nur ihren Interessen, ihren imperialistischen Machtgelüsten und ihrem kapitalistischen Bereicherungsstreben Vorschub leistet. Drei Jahre vorher schon glaubte man, ihn herbeigeführt zu haben, als der Panther vor Agadir erschienen ist und man wollte nicht weiter warten, bis die Völker sich unter der Führung der internationalen Sozialdemokratie geeinigt haben. Wenn einmal die Geschichte der Entstehung dieses Krieges offen liegt, wenn die Bücher aufgeschlagen sind,

die diplomatischen Aktenstücke aller Erforschung der Wissenschaft und Wahrheit unterliegen, so werden wir ein Urteil bekommen dafür, durch wessen Schuld dieses Unheil, diese Katastrophe über die Menschheit gekommen ist. Was die Geldfrage anbelangt, so werden die Völker den Ertrag all des Zerstorten, das Geld für die Wiederherstellung aller vernichteten Kulturwerte, für die Versorgung unserer aus dem Kriege zurückgekehrten Kämpfer in wenigen Jahrzehnten beieinander haben, wenn sie die Rüstungen nicht mehr machen müssen, die Milliarden verschlingen. Jetzt erst hat die Menschheit gesehen, welchen unendlichen Reichtum an Geld man aufgewendet hat, wenn es gilt, Menschen zu töten und Kulturwerte zu zerstören; würden wir dieses Geld verwenden im friedlichen Wettkampf, würden wir die Einigung der Völker herbeiführen zu einem geistigen und kulturellen Wettkampf, es gäbe ja keine unterdrückten, keine wirtschaftlich schwachen, keine sozial armen Menschen mehr.

Ich habe die Zuversicht und den Glauben an die Zukunft, und ich bin und bleibe der Idealist, der da sagt: Es wird eine Einigung kommen; kommt sie nicht von oben, so kommt sie als Forderung der vereinigten Proletarier aller Länder eben von unten. Ob sie durch eine Katastrophe oder anders kommt, sie muß kommen. Denn das ist ein Ziel, das sich die Menschheit steckt. Die Menschheit vertraut der proletarischen Führung, und der Ostwind, der weht, und der Westwind, der geweht hat, werden uns den Frieden und die Veröhnung und die Vereinigung der Völker zu einem Völkerstaat in Europa noch herbeiblasen.

Staatsminister Dr. Freiherr von Dujch:

Die Äußerungen des Herrn Vorredners über die Monarchie zwingen mich noch zu einer kurzen Bemerkung.

Der Herr Abg. Ged hat gesagt, nach dem Programm der Sozialdemokratie sei ihre republikanische Gesinnung nicht aus Haß gegen eine Persönlichkeit oder gegen ein auf dem Thron vorhandenes Herrschergeschlecht erwachsen. Die Monarchien seien auf der ganzen Welt im Rückgang, selbst Deutschland habe im Jahre 1866 mit ihrer Verminderung begonnen. Vielleicht werde Deutschland bald nur noch einen Monarchen haben und alle Kleinstaaterie aufhören. So etwa lauten nach meinen Notizen die Äußerungen des Herrn Abg. Ged.

Ich glaube, wenn man diese eigentümliche Zusammenstellung nimmt, das Verschwinden der Monarchen mit dem Jahre 1866 für deutsche Verhältnisse zusammenstellt, so gewinnt diese Äußerung des Herrn Abg. Ged einen Sinn, den ich namens der Regierung entschieden zurückweisen muß, und ich glaube damit auch dem Gefühl der großen Mehrheit des Hauses durchaus zu entsprechen.

Nach dieser kurzen Bemerkung möchte ich nur noch zwei andere Materien aus der Rede des Herrn Abg. Ged aufgreifen. Das ist einmal der Prozeß wegen der Flugblätter. Der Herr Abg. Ged hat seine Vorwürfe an die falsche Adresse gerichtet. Der Prozeß hat zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehört, dieses hat den Untersuchungsrichter aufgestellt. Die badischen Organe haben, soweit sie dabei tätig waren, nur in Vollzug des Auftrags des Reichsgerichts zu handeln gehabt. Ich wüßte also nicht, inwiefern die badische Justizverwaltung für die Vorgänge, die der Herr Abg. Ged vorgetragen hat, die mir übrigens nicht bekannt geworden sind, verantwortlich zu machen wäre. Ich glaube, daß diese Angelegenheit der Erörterung im nächsten Landtag vorbehalten werden kann. Nur Eines möchte ich hervorheben,

und das stimmt mit dem überein, an was ich mich erinnere — die Sache ist schon drei Jahre her — und was ich aus der Presse entnommen habe: Der Herr Abg. Geß gibt selbst zu, daß das Flugblatt einen doch etwas eigentümlichen Inhalt gehabt hat und immerhin so abgefaßt war, daß die strengste Auffassung, daß es sich hier um einen Landesverrat handle, möglich war. Aus welchen Gründen das Reichsgericht dazu gekommen ist, zu urteilen, daß kein Delikt des Landesverrats vorliegt, weiß ich nicht, wir waren nicht damit befaßt. Wenn der Herr Abg. Geß glaubt, einen Grund zur Beschwerde gegen badische Richter oder Polizeibeamte zu haben, so möge er diese an der zuständigen Stelle vorbringen.

Sodann hat der Herr Abg. Geß einen Untersuchungsrichter angegriffen, der einen Mann 104 Tage in Untersuchungshaft gehalten habe. Der Herr Abg. Geß hat sich nicht genau ausgesprochen, wo dies vorgekommen ist, er hat nur gesagt, daß es zu gleicher Zeit war, wie die Untersuchung wegen der Flugblattverbreitung. Er hat sich auch über das Verhalten des Untersuchungsrichters sehr abfällig geäußert. Auch da möchte ich den Herrn Abg. Geß bitten, entweder selber als Vertreter des betr. Mannes den Fall der zuständigen Behörde vorzutragen, oder den Betreffenden zur Beschwerde zu veranlassen. Ich bemerke aber, daß die Kompetenz der Justizverwaltung, das ist auch dem Herrn Abg. Geß bekannt, gegenüber der Tätigkeit der Richter eine außerordentlich beschränkte ist.

Gestatten Sie noch ein Wort über Kriegsziele oder Friedensziele. Über diese Frage hat der Herr

Abg. Geß schon einmal gesprochen und hat damals in meiner Abwesenheit vom Herrn Minister von Bodman eine Antwort bekommen, der ich mich durchaus anschließen kann. Ich möchte glauben, daß der Zeitpunkt, diese Frage aufzurühren, jetzt ein ganz besonders unglücklicher ist, jetzt, wo Amerika, England und Frankreich verhindern, daß ihre sozialdemokratischen Abgeordneten, die nach Kopenhagen gehen wollen, dahin reisen können. Das läßt einen Schluß auf die Stimmung dieser Länder zu. Welche Empfindungen würde es bei ihnen erwecken, wenn wir sagen würden: Wir wollen keine Kriegssentschädigung, alles soll vergessen sein? Damit würden wir uns den verbündeten Mächten der Entente gegenüber lächerlich machen. Im übrigen ist alles, was dazu gesagt werden kann, vom Herrn Reichskanzler in öffentlicher Sitzung des Reichstags ausgesprochen worden. Ich möchte mich dem durchaus anschließen und nur nach der negativen Seite sagen: Wer einen Frieden will, wie er etwas geschmacklos als „Scheidemannfrieden“ bezeichnet wird, der will einen Frieden, in dem Deutschland alle Lasten und alles Unglück des Krieges und alles Blut, das vergossen ist, auf sich nimmt und behält. Einen solchen Frieden würde das deutsche Volk nicht ertragen, und ich glaube, daß selbst in der sozialdemokratischen Partei viele Männer darüber so denken wie ich (Beifall).

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung nach 8 Uhr.

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Rohrbach	585
Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr.:	
Abg. Reimann (natl.)	585
Abg. Muser (fortschr. Bp.)	598
Abg. Fischer (rechtsf. Bg)	620
Abg. Geck (unabh. Soz.)	626
Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch	634

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Max Dittler.
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.